

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabdt. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu bezieh. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzelle 50 Pf.

An alle Zimmerer Deutschlands!

Kameraden!

Die deutsche Arbeiterschaft steht vor schweren Kämpfen. Sie muß deshalb alle Kräfte mobilisieren. Alles Trennende muß zurücktreten. Unser gemeinsamer Kampf gilt der Reaktion. Der Erfolg dieses Kampfes wird bestimmt durch die Geschlossenheit und Energie, mit der er geführt wird.

Die Schwere des Kampfes hat Theodor Leipart, der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einem Brief an alle Gewerkschaftskollegen aufgezeigt, der in der vorigen Nummer des "Zimmerer" veröffentlicht wurde. Wenn wir uns nicht mit allen Kräften zur Wehr setzen, werden wir bald wieder am Anfange stehen und alle unsere Kämpfe um eine menschenwürdige Lebenshaltung, eine höhere Kultur, um soziale Gleichberechtigung, um Menschenrecht, werden von neuem aufleben. Wir müssen zu halten trachten, was wir bisher errungen haben. Wir dürfen uns nicht niederringen lassen. Das muß unser ernster und entschlossener Wille sein. Darum müssen wir alle Kräfte zum gemeinsamen Handeln vereinen.

Wohl wissen wir, daß die Not groß ist. Die Arbeitslosigkeit hat auch in den Kreisen unserer Kameraden furchtbar gewütet; sie wütet noch heute. Krankheit, Hunger und Elend haben die Kraft manches braven Kämpfers gebrochen. Viele haben den Mut völlig verloren und ihre Verbandsmitgliedschaft aufgegeben. Waren sie unzufrieden mit unserm Verband? Hat unser Verband nach ihrer Ansicht ihre Interessen nicht hinreichend gewahrt? Selbst wenn diese Ansicht zuträfe, dann war das Aufgeben der Verbandsmitgliedschaft der allerverkehrteste Weg. Jeder Mitgliederverlust bedeutet Kräfteeinbuße.

Hat unser Verband aber in Wirklichkeit seine Aufgaben vernachlässigt? Man kann ihn unmöglich für die Krise verantwortlich machen und deshalb auch nicht für ihre Folgen. Oder will man unserm Verband gar die Schuld an dem Lohnabbau beimessen? Das wäre nicht nur unvernünftig, sondern unsinnig. Kann auch nur ein Verbandsmitglied daran zweifeln, daß der Lohnabbau in einem viel größeren Ausmaß eingetreten wäre, wenn nicht unser Verband so entschlossenen Widerstand geleistet hätte?

Kameraden, Ihr müßt auch einmal Ueberlegungen in dieser Richtung anstellen, um das richtige Maß für Eure Kritik an der gewerkschaftlichen Arbeit zu finden. Es ist auch überaus bequem, für etwaige Fehlschläge den Verbandsangestellten haftbar zu machen. Die gleiche Pflicht, wie sie der Angestellte gegenüber dem Verbandsangehörigen hat, hat jedes einzelne Mitglied.

Allein, Kameraden, lassen wir einmal alles, was hinter uns liegt, beiseite und sehen wir zu, was die Gegenwart von uns fordert. Das hat uns Theodor Leipart in seinem bereits erwähnten Brief so deutlich gemacht, daß wir es nicht wiederholen brauchen. Nehmt diesen Brief noch einmal zur Hand, prägt Euch seinen Inhalt ein und was das Wichtigste ist, handelt danach.

Unser Verband umfaßt heute noch rund 90000 Mitglieder. Sie stehen zu ihm trotz der ungeheuren Not, unter der sie leiden. Ihre Verbundenheit ist so stark, daß sie allen Beschwerden trotzen. Auf dieses gute Beispiel sollten auch die abtrünnig gewordenen Kameraden blicken. Und darum ein Wort an Euch, Kameraden, die Ihr Euch vom Verbandsverband abgewendet habt.

Ihr müßt wieder zurück zum Verbandsverband, müßt seine Widerstandskraft steigern, seinen Einfluß stärken. Schon seit Monaten haben wir Euch den Weg zu Eurem Wiedereintritt in den Verband geebnet, Euch die Wiederaufnahme so leicht wie möglich gemacht. Reiht Euch deshalb wieder ein in die gemeinsame Front und arbeitet zielbewußt mit an der Erfüllung der Verbandsaufgaben.

Kameraden, seid Euch des Ernstes der Stunde bewußt. Die uns bevorstehenden Aufgaben sind groß und schwer und ihre Lösung ist nur im engsten Zusammenarbeiten aller Mitglieder möglich. Wir leiden alle unter dem herrschenden Notstand. Wir können uns von dem Drucke nur befreien durch einheitlichen und geschlossenen Kräfteeinsatz. Unser Kampf gilt aber nicht nur den Gegenwartsaufgaben, er gilt zugleich der Zukunft. Die Zukunft aber muß uns gehören. Darum: Stärkt und festigt unsern Zentralverband!

Mit kameradschaftlichem Gruß

Der Verbandsvorsitzende



Reichsarbeitsministerium, Notverordnung und Gewerkschaften

Am 21. September hat das Reichsarbeitsministerium die zweite Verordnung erlassen, die den Zweck haben soll, die Notverordnung vom 5. September zu erläutern. Im ersten Absatz der neuen Ausführungsbestimmungen vom 21. September legt die Reichsregierung die Grundsätze dar, die in allen Fällen in Frage kommen sollen, wo der Akkordlohn von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Arbeitgeber soll berechtigt sein, den Akkordverdienst des einzelnen Arbeitnehmers für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde zu kürzen. Er muß jedoch entweder 10 % eines Akkordverdienstes freilassen oder die Prozentsätze der in der Verordnung vom 5. September vorgesehenen Unterschreitungen um 10 % ermäßigen. Wichtig ist auch hier, daß die Ermäßigung der Akkordsätze durch Aushang zu erfolgen hat. Im übrigen dürften uns die Ausführungsbestimmungen vom 21. September in ihrem ersten Teil weniger interessieren, weil ja im Baugewerbe, speziell aber im Zimmergewerbe, Akkordarbeit fast gar nicht in Frage kommt.

Etwas anders hingegen liegen die Dinge in der Frage der Durchführungspflicht der neuen, amtlich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Auffassung, die wir als Gewerkschaften in dieser Frage vertreten, ist klar und eindeutig. Sie wurde in der Bundesversammlung in dem Referat des Kollegen Clemens Nörpel wiedergegeben. (Siehe „Zimmerer“ Nummer 38.) Unsere Auffassung hat es dem Reichsarbeitsminister, und nicht nur diesem, sondern dem gesamten Scharfmachertum, angetan. In einer Pressenotiz gibt der Reichsarbeitsminister zu der vorerwähnten Frage die nachfolgenden Erläuterungen:

„Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß nach der Absicht der Verordnungen der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und -gehälter mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Aus der Durchführungspflicht der Tarifvertragsparteien folgt also nicht etwa, daß der Arbeitgeberverband den ihm angeschlossenen Arbeitgeber dazu anhalten müßte, trotz der ihm durch die Notverordnung verliehenen Berechtigung den vollen Tariflohn zu zahlen. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragsätze gerichteten Arbeitskampf unterstützt, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen.“

Die Unternehmer jubeln, denn sie glauben, einen starken Bundesgenossen — das Reichsarbeitsministerium — für ihre Auffassung gewonnen zu haben.

Unsere Rechtsauffassung ist klar und eindeutig. Nach wie vor besteht nach unserer Meinung bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September die Kampffreiheit. Es sind dafür folgende Gründe maßgebend:

1. weil wir die Vollmacht des Reichspräsidenten an die Reichsregierung vom 4. September 1932, II. Teil, Sozialpolitische Maßnahmen, § 1, als nicht mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung vereinbar und daher für unzulässig halten;

2. weil selbst, wenn man dies nicht anerkennt, die Vollmacht nur die Vereinfachung und Verbilligung der sozialen Einrichtungen gestattet und weil der Tarifvertrag keine soziale Einrichtung, sondern ein Rechtsinstitut ist;

3. weil, wenn man auch das nicht anerkennt, dann immer noch der Eingriff in die Unabdingbarkeit als Verstoß gegen Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung unzulässig ist;

4. weil die Verordnung vom 5. September 1932 nur das Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeiter regelt;

5. weil es sich bei der nunmehrigen Erläuterung der Reichsregierung über die Friedenspflicht eben nur um eine Behauptung handelt, die von den Arbeitsgerichtsbehörden nur dann anerkannt

werden kann, wenn sie mit der Rechtslage übereinstimmen würde; was wir bestreiten;

6. weil, selbst wenn der Reichsarbeitsminister seine Meinung in einer Rechtsverordnung niederlegen würde, diese

Der Kampf um die Sozialisierung der Wirtschaft

Die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Herbeiführung der sozialistischen Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft haben in dem politischen Durcheinander der letzten Wochen auf bürgerlicher Seite nicht die Beachtung gefunden, die man unter andern Umständen erwarten dürfte. Soweit sich die bürgerliche Presse damit beschäftigte, geschah es in meist sehr oberflächlicher Weise. Entweder bezeichnete man die sozialdemokratischen Anträge lediglich als gegen die Kommunisten gerichtete, im übrigen aber aussichtslose Agitationsanträge oder als ein taktisches Manöver, um den „Sozialismus“ der Nationalsozialisten zu entlarven und bloßzustellen.

Die kritische Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage und die daraus zu gewärtigenden Kämpfe dürften jedoch der Öffentlichkeit sehr bald den Beweis liefern, wie sehr diese Auffassung auf Irrtum beruht. Das sozialdemokratische Wirtschaftsaufbauprogramm ist nicht spontanen Agitationsbedürfnissen entsprungen, sondern beruht, wie das den sozialdemokratischen Anträgen zugrunde gelegte Wirtschaftsaufbauprogramm der Gewerkschaften, auf eingehenden, die wirtschaftliche und politische Entwicklung berücksichtigenden Vorarbeiten. An sich stellt dieses Wirtschaftsaufbauprogramm nichts Neues dar, da es im wesentlichen nur die Forderungen des sozialdemokratischen Heidelberger Programms enthält. Nur daß diese Forderungen statt der theoretischen Form eine dem angestrebten Zweck und den vorhandenen Verhältnissen angepaßte realpolitische Formulierung und Ausweitung erfahren haben.

In dieser Form wird das sozialdemokratische Wirtschaftsaufbauprogramm bei den kommenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfen eine große Bedeutung erlangen. Es kündigt eine wirtschaftliche Weltveränderung an! Um so mehr ist erforderlich, daß die Arbeiter seine Bedeutung in vollem Umfange erkennen und sich die Forderungen des Programms geistig so zu eigen machen, wie es ihre politische und wirtschaftliche Kampfstellung erfordert. Denn nur so dürfen sie bei den zu führenden Kämpfen auf baldige greifbare Erfolge rechnen.

Sozialistische Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft ist notwendig!

Wie aus den sozialdemokratischen Anträgen hervorgeht, zielen sie nicht auf eine Vollsozialisierung der Wirtschaft ab,

nicht durch § 13 der Verordnung vom 5. September 1932 getragen wäre, weil es sich wiederum nicht um eine Ergänzung, sondern vielmehr um eine Aenderung und Erweiterung handeln würde.

Von unserer Rechtsauffassung können uns keine Erläuterungen und keine Pressenotizen des Reichsarbeitsministeriums abwegig machen. Für diese Rechtsauffassung werden wir gegebenenfalls mit gewerkschaftlichen Mitteln kämpfen.

sondern wird damit nur eine Sozialisierung ihrer wichtigsten Teile, der Schwerindustrie, der Großbanken und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes angestrebt. Ferner wollen sie eine Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung herbeiführen. Diese Grundlage soll geschaffen werden, um den Umbau des für die Herstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse unfähig gewordenen kapitalistischen Wirtschaftssystems in die sozialistische Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft einzuleiten. Eingeschlossen in die Sozialisierung sind auch die vom Reiche subventionierten Unternehmungen. Außerdem ist eine staatliche Kartell- und Monopolkontrolle und schließlich für eine zentrale Regelung und Förderung aller Sozialisierungsmaßnahmen die Errichtung einer Planwirtschaftsstelle vorgesehen. Alles weitere bleibt zunächst der sich hieraus ergebenden weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung überlassen.

Dieses Vorgehen entspricht dem, was Friedrich Engels bereits vor 50 Jahren in seiner Schrift „Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ voraussagte: „Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form — nämlich die Vergesellschaftung der Unternehmungen in Aktiengesellschaften usw. — nicht mehr und der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. — Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletariat verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung bei Strafe des Untergangs zu vollziehen hat. Indem sie mehr und mehr auf Umwandlung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung dieser Umwälzung.“

Sind die Voraussetzungen für die Sozialisierung vorhanden?

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir an dem Punkte angelangt sind, wo die von den großen Theoretikern des Sozialismus Marx und Engels angekündigte wirtschaftliche und politische Umwälzung zur gebieterischen Notwendigkeit geworden ist. Die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft ist, wie es ihr katastrophales Daniederliegen sowie die seit Jahren bestehende, ständig zunehmende ungeheure Arbeitslosigkeit zeigt, zu einer nicht nur den eigenen

Bestand, sondern auch das Staatsgefüge bedrohenden Gefahr geworden. Hier muß eine Aenderung eintreten, wenn ein jäher Zusammenbruch mit unabsehbaren Folgen für die Gesamtheit des Volkes verhütet werden soll. Die von kapitalistischer Seite, auch von der gegenwärtigen Reichsregierung dagegen angewendeten Mittel sind zur Herbeiführung einer auch nur vorübergehenden Besserung der Wirtschaftslage nicht geeignet. Diese kann nur der Sozialismus, die Einführung der sozialistischen Plan- und Bedarfsdeckungswirtschaft bringen.

Die ökonomischen Voraussetzungen sind hierfür gegeben. Der kapitalistische Produktionsapparat weist die höchste Leistungsfähigkeit auf. Er ist imstande, bei voller Inangangsetzung weit über das gegenwärtige Maß hinausgehende Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Wie ganz offensichtlich ist, leidet die kapitalistische Wirtschaft nicht darunter, daß zu wenig produziert werden kann, sondern nur daran, daß die von ihr erzeugten Waren infolge der durch die kapitalistische Ausbeutung ausgehöhlten, teilweise vernichteten Kaufkraft der Verbraucher keinen entsprechenden Absatz finden. Das hieraus entstehende Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verteilung ist der Kapitalismus außerstande zu beseitigen. Daran hindert ihn jetzt wie in Zukunft seine lediglich auf den individuellen Eigennutz beruhende wirtschaftspolitische Einstellung, die er nicht aufgeben will und auch nicht aufgeben kann.

In besonderem Maße sind die ökonomischen Voraussetzungen für eine Sozialisierung bei der Schwerindustrie, den Großbanken und dem großagrarischen Landbesitz vorhanden. In diesen Wirtschaftsgebieten haben wir die Hauptstütze des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erblicken, gegen die sich daher die sozialistischen Angriffe mit aller Energie zu richten haben. Das ist um so mehr notwendig, als auch von dieser Seite her jeder politische, wirtschaftliche und soziale Fortschritt am schärfsten bekämpft wird, dort der Herd ist, von dem alle reaktionären Anschläge gegen die Freiheit sowie gegen den sozialen Aufstieg der arbeitenden Volksschichten ausgehen.

Unser Kampf für das Ziel.

Für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft ist aber nicht nur das Vorhandensein der ökonomischen Voraussetzungen erforderlich, es müssen dafür auch die politischen und psychologischen Vorbedingungen bestehen. Beides steht zueinander im engsten Zusammenhang. Das besagt, daß im deutschen Volke der Wille bestehen muß, eine solche Umwandlung vorzunehmen! Bei objektiver nüchterner Beurteilung liegen hier die Verhältnisse nicht gleich günstig wie nach der ökonomischen Seite. Wohl bekennt sich ein sehr erheblicher Teil der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft, desgleichen weite Kreise der übrigen Bevölkerung zum Sozialismus. Wie die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl aber ersehen lassen, ist eine Mehrheit für ihn noch nicht vorhanden. Selbst unter Einrechnung der Kommunisten hat der Sozialismus im neuen Reichstage nur 34 % aller Reichstagsmandate erobern können. Ähnlich stellt sich das Verhältnis für die abgegebenen Stimmen. Wir sind also von einer Mehrheit für die sozialdemokratischen Sozialisierungsforderungen noch ziemlich weit entfernt, besonders auch unter dem Gesichtspunkte, daß die Kommunisten für die Durchführung der sozialistischen Ziele als höchst zweifelhafte Bundesgenossen betrachtet werden müssen.

Das braucht jedoch nicht zu schrecken! Sehen wir doch auch in den uns noch fernstehenden Kreisen des deutschen Volkes das Vertrauen zur kapitalistischen Wirtschaft im stärksten Schwinden begriffen, ein Suchen nach rettenden Auswegen aus der Krise, nach Sicherstellung der Existenz und nach menschenwürdigen Lebensbedingungen! Nur in dieser Atmosphäre des allgemeinen Mißtrauens konnte die nationalsozialistische Bewegung entstehen und ihre Ausbreitung ge-

Gewerkschafter sein

Gewerkschafter sein heißt, den Nacken recken, die Fäuste ballen, vorwärts blicken und stark sein.

Wenn das Elend rüttelt und Hunger schmerzt: wir werden nicht weichlich und schlapp. Wir fühlen das Recht, das mit uns geboren und das mächtiger als das Brutale der Wirtschaft ist.

Gewerkschafter sein heißt, Bruder sein unter Brüdern.

Wie du leiden alle. Keiner ist seines Schicksals gewiß. Jeden sucht man auszunutzen bis zum äußersten. Und dieses Unrecht am Menschen empört uns Menschen und schweiß uns zusammen zu einer Macht.

Der Mensch in uns schreit und will.

Gewerkschafter sein heißt, an die Gerechtigkeit glauben und das Göttliche fühlen, das aus uns heraus durch die vereinte Kraft die Seele einer andern Ordnung sein will.

Gewerkschafter sein ist heiliger Dienst am Großen des Menschen.

Gewerkschafter sein heißt, Gestalter sein an der Zukunft der Freiheit und der brüderlichen Verbundenheit und der innigen Gemeinsamkeit aller Menschen.

Reih dich ein in die Front!

Kamerad, stelle nicht abseits!

Sei Kämpfer mit uns!

Sei uns Bruder!

winnen. Aber selbst in dieser Bewegung, die der Kapitalismus zu seinem Schutze großzüchtete, mehren sich die Anzeichen dafür, daß die von ihm irreführenden Massen das Vertrauen verlieren, weil die ihnen gemachten Versprechungen unerfüllt bleiben. Dieses Mißtrauen wird weiter wachsen! So dürfen wir die Ueberzeugung haben daß die sieghafte Werbe-

kraft des Sozialismus, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften Millionen Anhänger zuführte, auch die ihm noch entgegenstehenden psychologischen Hindernisse überwinden wird. Ist doch im Gegensatz zu früher infolge der wirtschaftlichen Entwicklung die Durchführung der sozialdemokratischen Ziele in greifbare Nähe gerückt!

„Die Gewerkschaften für die Volkswirtschaft unentbehrlich“

Der in der Ueberschrift zum Ausdruck gebrachte Grundsatz stammt nicht von irgendeinem Gewerkschaftler, sondern von dem derzeitigen Reichsarbeitsminister. Dieser hielt auf dem 13. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine Begrüßungsansprache, wobei er sich über die Bedeutung der Gewerkschaften folgendermaßen äußerte: „Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Standes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute muß auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer größten Wert legen.“

Diese Worte des Reichsarbeitsministers einer reaktionären Regierung könnte man beinahe wörtlich unterschreiben. Wir wagen aber sehr zu bezweifeln, daß dieses Eingeständnis dem Willen der gesamten Regierung entspricht und nicht einer Augenblicksstimmung mit Rücksicht auf den Gastgeber entzogen ist. Wie dem auch sei, es ist eine Binsenwahrheit, daß keine Regierung die Gewerkschaften zu übergehen vermag. Diese sind in der Tat unentbehrliche Bestandteile einer hochentwickelten Volkswirtschaft. In einer Zeit, wo die Organisierung aller Lebensverhältnisse weit fortgeschritten ist, wären die Hand- und Kopfarbeiter ohne einen solchen Schutz willenlose Werkzeuge in den Händen anderer. Wir befürchten, daß die Einsicht, der sich selbst ein Minister einer kapitalistischen Regierung nicht verschließen kann, bei den nächsten Interessenten, das heißt, bei den Arbeitern selbst, nicht den entsprechenden Anklang findet.

Nach menschlichem Ermessen muß die Krise in nicht allzuferner Zeit ihr Ende erreichen. Wenn der seelische Druck einer ständigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse erst einmal von der Arbeiterschaft genommen ist, dann wird sie zu erkennen vermögen, was sie in der Krisenzeit verloren hat. Mit unbeugsamer Energie wird versucht werden müssen, der Arbeiterschaft die Ellbogenfreiheit wieder zurückzugewinnen, die sie in der Zeit des organisatorischen Hochstandes gewonnen hatte. Aber auch die Volkswirtschaft selbst wird eine erkennbare Blüte nicht wieder erreichen, wenn der Druck der Gewerkschaften nicht dahinter steht. Ganz richtig hat der Leiter des italienischen Großbetriebes Fiat in Turin in seinen „Gedanken zur Krise“ folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Heraufsetzung der Löhne muß die Losung lauten. Die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit als Heilmittel gegen die beängstigende Arbeitslosigkeit wurde bereits vom Vorsitzenden des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, unterstrichen. Auch in Genf wurde bekanntlich auf Antrag der Arbeitnehmer eine Entschliebung zugunsten der 40-Stunden-Woche angenommen. Dies alles aber genügt nicht, wenn man nicht will, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nichts weiter bedeutet, als ein einfaches Linderungsmittel. Will man der Arbeitslosigkeit energisch entgegen-treten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis auf die Wurzel des Übels vordringen. Zu diesem Zweck muß man, wie ich nur wiederholen kann,

die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne entsprechend heraufsetzen.“

Das sind einfache Ueberlegungen eines Industriellen, der mit offenem Blick die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erkennen vermag. Aber wir sollten uns darüber klar sein, daß solche Meinungen bei den Unternehmern nur wenig verbreitet sind. Die meisten betrachten Löhne als Unkosten des Betriebes und nicht als die notwendigen Substanzmittel zur Erhaltung und Wiedererneuerung des gesamten Volkslebens und als notwendige Auffangvorrichtung für die in Massen erzeugten Industrieprodukte. Diese furchtbare Krise hat die Welt in ein Trümmerfeld verwandelt. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfen, damit Gedanken wie die vorstehenden wieder Geltung bekommen. In einer Zeit, wo die Produktionskraft der Volkswirtschaften aller Länder bis ins höchste gesteigert wurde, kann die Wirtschaft eines Landes nicht nach den Grundsätzen von

Der Freiheit entgegen!

Das Fanal der Freiheit ist der Kampf für den Sozialismus. Millionen von Frauen, Männern und Gewerkschaftskollegen erkennen das Ziel und bilden das Heer der proletarischen Kämpfer. Unerschütterlich ist der Glaube der Massen an den Endsieg des Sozialismus, der nur allein die Menschheit aus dem heutigen Elendsdasein befreien kann. Selbst die furchtbarste Wirtschaftskrise und die steigende nationalsozialistische Welle vermochten nicht den Sozialismus zu töten. In der großen Masse des arbeitenden Volkes lebt noch der Geist eines Karl Marx' und August Bebel's.

Aus der Offensive der Nachkriegszeit wurden durch die verhängnisvolle und zermürbende Spaltungsarbeit der KPD, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt. Die unfähigen kapitalistischen Wirtschaftsführer erkannten diese Schwäche — nach der sie sich ja schon so lange gesehnt hatten — und glaubten, die Stunde der Erfüllung sei gekommen, wo sie ihre reaktionären Pläne verwirklichen konnten. Selbst zu feige für einen geistigen Kampf mit den Gewerkschaften, schufen sie sich eine Privatarmee, und mit dem Gelde des Unternehmertums sollte der Marxismus ausgerottet werden.

Die Demoralisierung der einstigen Hitlerwähler macht sich nun wegen der abgeblasenen gewaltsamen Machtüber-

nahme durch Hitler und wegen des parlamentarischen Kuhhandels um die den Nazis verweigerten Ministersessel der Parteibonzen in Stadt und Land bemerkbar. Die Hitlerwähler werden nun bei nüchterner und ruhiger Ueberlegung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms gewahr, daß sie politischen Jahrmartsgauklern in die Hände gefallen sind. Die Führer der Hitlerpartei erklärten vor einigen Tagen ganz offen, nur keine neue Reichstagswahl; denn sonst verlieren wir 50 bis 60 Mandate. Das Volk erwacht aus den Träumen des „Dritten Reiches“!

Durch die Auswirkungen der letzten Hungernotverordnungen sammelt sich aber das in die Defensive verbannte Proletariat. Es wird aktiv und setzt zum Gegenstoß an. Der Kampf „Freiheit!“ erschallt millionenfach hinter den

vorwärtsstürmenden roten Fahnen der drei Pfeile. Das Volk wird zum Staatsanwalt und fordert die „unfähigen Wirtschaftsführer“ vor die Schranken des Volksgerichts. Das Urteil, das das arbeitende und hungernde Proletariat fällen wird, wird vernichtend sein. Die Offensive der gesamten Arbeiterschaft setzt zur rechten Stunde ein, um die irreführenden Wählermassen aufzufangen und diese für die Gewerkschaftsforderungen zu gewinnen. Das Ziel, das die Gewerkschaften erreichen wollen, zeigen die Anträge an den Reichstag. Umbau und Verstaatlichung der Wirtschaft, planvolle Gestaltung des Wirtschaftsablaufs, das ist der Weg zum Sozialismus und das Gebot der Stunde. Dieses Ziel wird aber nur dann erreicht werden, wenn alle Gewerkschaftsmitglieder und Verbandskameraden sich aktiv, unter Einhaltung des nachstehenden Arbeitsplanes, beteiligen und betätigen.

Die vor uns liegenden Monate müssen eine verstärkte außerparlamentarische Aktion bringen. Jeder Verbandskamerad muß das Abzeichen der Eisernen Front ständig tragen. Fahnen und Wimpel müssen verstärkt gezeigt werden. Das Hakenkreuz muß überrannt werden. Der Gruß „Freiheit“ muß als Symbol der Kampfgemeinschaft die Straßen und Plätze beherrschen. Bei allen Anlässen, Aufmärschen und Zusammenkünften müssen die Mitglieder der Eisernen Front — die die Einheitsfront aller Werktätigen darstellt — vertreten sein, um dort für unsern Freiheitskampf zu wirken.

Großindustrielle Unzufriedenheit mit der Papen-Regierung

Alle Welt ist sich darüber klar, daß die letzte Notverordnung der deutschen Regierung von Anfang bis zu Ende höchst unternehmerfreundlich war. Was erleben wir statt dessen? Die westdeutsche Großindustrie ist mit der Notverordnung unzufrieden, obwohl sich diese in weitem

Umfange an die Forderungen angelehnt hat, die Arbeit Nordwest vor einigen Wochen in ihrem Jahresbericht aufgestellt hat. Der sozialpolitische Berater und Geschäftsführer dieser Scharfmacherorganisation, Ludwig Grauert, nimmt die Notverordnung in der „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ unter die Lupe. Er erkennt die Richtlinien der Verordnung als richtig an. Er ist nur mit der sozialpolitischen Seite derselben nicht ganz einverstanden. Namentlich ist er dagegen, daß bei einer Arbeitszeit über 40 Stunden bereits von der 40. Stunde an wieder der Tariflohn gezahlt werden muß. Dies käme auf ein Schutzprinzip des Tarifstundenlohnes hinaus. Vor allem würde der Leistungslohngedanke dadurch diskreditiert. Es heißt dann wörtlich: „Hier fällt die Regierung also sichtlich in Kompromißlösungen zurück, oder sie hat bei Abfassung insbesondere des sozialpolitischen Teils der Notverordnung eine entscheidende Mitwirkung der noch unverändert im alten Fahrwasser schwimmenden Bürokratie des Reichsarbeitsministeriums hinnehmen müssen. Diese Begrenzung der Tariflohnenkennung auf die 30. bis 40. Wochenstunde, die wirtschaftliche Erschwerung und gewissermaßen soziale Mißbilligung aller über 40 Stunden hinausgehenden Arbeits-

Ueberall müssen wir uns zeigen; denn damit steigt die Macht und das Ansehen der Gewerkschaften und unserer Kampf-bewegung. Die Gesetzentwürfe und Anträge, die die Gewerkschaften durch ihre parlamentarische Vertreterin, die Sozialdemokratie, dem Reichstag hat zu-leiten lassen, müssen allen Gewerkschaftskollegen und den letzten Wählern zugänglich gemacht werden. Bis in die allerletzte Hütte müssen unsere Forderungen, die die Forderungen des arbeitenden und schaffenden Volkes sind, dringen. Der Landarbeiter und Kleinbauer muß von dem Hitlerwahn befreit werden. Allen Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise muß zur Erkenntnis gebracht werden, daß einzig und allein die freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie diese Krise beseitigen können und sie deshalb die wahren und wirklichen Vertreter des arbeitenden Volkes sind. Die Agitation von Mund zu Mund wird dazu führen, daß der Sieg unser ist und wir dem Ziel, der Freiheit, entgegenmarschieren.

Tz.

Die Gewerkschaften sind Schwert und Flamme

Die Gewerkschaften sind die wertvollsten Waffen im Kampfe gegen die Reaktion, in welcher Form sie auch auftrete. Ihr innerster Gehalt, ihre seelische Kraft liegt in diesem Kampfe gegen Unrecht und Unterdrückung. Menschenliebe ist die große revolutionäre Kraft, die aus der Tiefe emporstrebt. Diese Kraft verlangt nach der Tat. Sie entfaltet sich, um ein Leben in Freiheit, ein Leben in Glück zu formen, ein Glück für alle, ein Gemeinschaftsglück zu erfechten. Neue Menschen und neue Formen der Gesellschaft und der Wirtschaft will diese Kraft schaffen. Die Gewerkschaft wird wegen dieses Strebens als materiell eingestellt verschrien und beschimpft. Dennoch ist dieser Kampf berechtigt, und er muß unachtsamlich geführt werden.

Neben den wirtschaftlichen Zielen, die zu erstreben wir uns organisatorisch verbinden, ist das Ringen um einen bedeutsamen ethischen Gedanken in den Gewerkschaften verkörpert. So steckt in den Gewerkschaften eine starke sittliche Kraft. Klar und nüchtern seien wir uns dessen immer bewußt. Hüten und beschützen wir diesen Schatz! Vertiefen wir das Bewußtsein seines Wertes in die Herzen und Hirne der Menschen!

leistung, verrät nur zu sehr ihre Verwandtschaft mit der seit Jahren von den Gewerkschaften geforderten Streckung der Arbeit mittels der 40-Stunden-Woche, mit der These von der Ueberkapazität, der geringen Ausnutzbarkeit der industriellen Anlagen, die auf absehbare Zeit keine längere als eine 40stündige Beschäftigung rechtfertige.“

Die Regierung kommt also in den Verdacht, den Gewerkschaften Konzessionen gemacht zu haben. Daß diese die schärfsten Gegner des sozialpolitischen Teils der Verordnung sind, brauchen wir hier nicht auseinanderzusetzen. Aber auch mit der Einstellungsprämie ist Herr Grauert nicht einverstanden. Sie begünstigt die Konsumgüterindustrie und

vernachlässigt die Produktionsgüterindustrie. Vollständig fassungslos ist Herr Grauert darüber, daß die Schlichtungsbehörden bei den durch die Verordnung berechtigten Lohnermäßigungen eingeschaltet werden sollen. Ueberdies sollten auch noch die Gewerkschaften bei bestimmten Anlässen gehört werden. Dadurch würde die alte Forderung marxistischer Wirtschaftsdemokratie, die wirtschaftsdemokratische Durchleuchtung der Betriebe, von einer konservativen Regierung verwirklicht. Kurzum, der sozialpolitische Berater der Schwerindustrie ist mit der Pappen-Regierung nicht zufrieden. Diese ist ihm noch zu arbeiterfreundlich. Man liest es und staunt.

scheinende Unfallverhütungsvorschriften außer Kraft zu setzen. Sie versprachen sich davon eine Belebung ihres Gewerbes, wenn sie an Schutzmaßnahmen, allerdings auf Kosten der Sicherheit ihrer Leute, sparen könnten. Erfreulicherweise sind die Berufsgenossenschaften diesen Anträgen gegenüber standhaft geblieben.

Das Jahr 1931 hat die baugewerblichen Arbeiter in der Wirtschaftspolitik und auch in der Sozialpolitik stark enttäuscht. Es sind ihnen neue Lasten und Entbehrenungen auferlegt worden. Neben der schlechten Arbeitsmarktlage und stärkerer steuerlicher Belastung, verbunden mit Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, sind auch die Opfer der Arbeit, die Unfallverletzten, von der allgemeinen Abbauwelle nicht verschont geblieben. Die Notverordnung vom Dezember 1931 brachte die Beseitigung der kleinen Unfallrenten bis zu 20 % und dazu noch eine Kürzung der Kinderzulagen und Waisenrenten. Damit noch nicht genug, senkte die Notverordnung vom 14. Juni 1932 die Renten der Unfallverletzten und ihrer Hinterbliebenen ganz allgemein um 15 %, soweit es sich um Unfälle vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 handelte; für die übrigen Unfälle, also auch für die künftig eintretenden, beträgt die Senkung nur 7 1/2 %.

Aber auch diese Kürzung genügt anscheinend den Unternehmervereinigungen noch nicht; denn vor kurzem forderte sowohl die Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, als auch die Tiefbau-Berufsgenossenschaft eine Kürzung der Renten in der Unfallversicherung um mindestens 30 bis 40 %, und weiter die völlige Herausnahme der Wegeunfälle aus der Unfallversicherung. Die gleichen Forderungen haben die Unternehmer des Baugewerbes in Königsberg auf ihrer Tagung im Juni dieses Jahres erhoben.

Die Bauarbeiter müssen sich über den Ernst der Situation klar sein. Die heutigen Machthaber werden geneigter sein als die frühere Regierung, den Wünschen der Unternehmervereinigungen auf dem Gebiete nachzugeben. Um so mehr hat jeder Bauarbeiter, der sich noch im Besitz seiner Arbeitskraft und Gesundheit befindet, besorgt zu sein, dieses Kapital auch weiterhin zu erhalten. Die Aussicht, bei Verminderung oder Verlust der Arbeitskraft durch Betriebsunfall oder Berufskrankheit eine angemessene Entschädigung aus der Unfallversicherung zu bekommen, ist für die Zukunft sehr gering.

Berufskrankheiten der Bauarbeiter 1931

Die Berufskrankheiten der Bauarbeiter verdienen ebenfalls unsere größte Beachtung. Während wir in der Nummer 37 des „Zimmerer“ die Unfälle der Bauarbeiter 1931 behandelt haben, wollen wir in dieser Abhandlung die Berufskrankheiten darlegen. Ueber die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten und die Auswirkungen solcher beruflicher Schädigungen unterrichtet die folgende Uebersicht:

Berufsgenossenschaften	Berufskrankheiten					
	gemeldet		entschädigt		mit tödlichem Ausgang	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Hamburgische BBG.	29	29	1	3	1	—
Nordöstliche BBG.	57	63	12	10	2	2
Schles.-Posensche BBG. ..	56	43	18	5	—	—
Hannoversche BBG.	52	32	10	4	—	—
Magdeburgische BBG. ...	41	20	8	8	—	2
Sächsische BBG.	145	75	17	34	—	—
Thüringische BBG.	23	16	3	—	—	—
Hessen-Nassauische BBG.	71	40	8	6	3	4
Rhein.-Westfälische BBG.	161	134	14	18	2	2
Württembergische BBG. ..	42	31	—	4	—	1
Bayrische BBG.	29	16	25	20	4	6
Südwestliche BBG.	79	29	21	14	2	2
Tiefbau-BG.	19	33	5	3	—	—
	804	561	142	129	14	19

Bei den gemeldeten und erstmalig entschädigten Berufskrankheiten ist ebenfalls ein kleiner Rückgang festzustellen. Dagegen ist die Zahl der Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang von 14 auf 19 gestiegen. Die meisten Berufskrankheiten erstrecken sich auf Schädigungen durch Blei- und Staubbungenkrankungen. In einem Falle wurde eine Erkrankung durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen gemeldet.

Die Berufsgenossenschaften führen den geringen Rückgang der Unfallziffern des verflossenen Jahres gegenüber dem weit stärkeren Absinken der Zahl der Beschäftigten in erster Linie darauf zurück, daß eine Anzahl Unfälle, die aus früheren Jahren stammen, erst im Berichtsjahr zur Zählung gelangte und nun bei rückläufiger Beschäftigtenzahl die Durchschnittsunfallziffer besonders ungünstig beeinflusste.

Aber auch das Interesse an der Unfallverhütung hat nachgelassen. Die Unternehmer haben bei der schweren Wirtschaftslage vielfach zu äußerst niedrigen Preisen Arbeiten übernommen, wodurch das Arbeitstempo und damit auch die Unfallgefahren gesteigert wurden. Es ist verständlich, daß in der Krisenzeit auch die Spannkraft der Versicherten zur Abwehr der beruflichen Gefahren nachließ und dadurch die Anbringung mancher Schutzvorrichtungen unterblieb. Bei Aufnahme der Arbeit nach langer Erwerbslosigkeit und bei der vielfach bei behördlichen Arbeiten verlangten Einstellung von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern ist oft eine Unterschätzung oder auch eine Unkenntnis der mit der Bauarbeit verbundenen Gefahren festzustellen gewesen, was auf die Unfallziffer nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Die Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft hat ihre Erhebungen über bestimmte Unfalltage und Unfallstunden im Jahre 1931 nicht fortgesetzt, sie stellt aber fest, daß nach ihren Feststellungen der Bauarbeiter in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags seine körperliche Höchstleistung erreicht. Die mit fortlaufender Arbeitszeit eintretende Arbeitsermüdung soll aber als Unfallursache meßbar nicht in Erscheinung treten.

Die häufigsten Unfälle haben sich beim Heben und Tragen von Lasten, beim Transport der Materialien, Geräte usw. und durch Fall von Leitern, Treppen, Gerüsten und Dächern ereignet. Eine erhebliche Anzahl von Unfällen ist auch durch das Herabfallen von Gegenständen und Verletzungen an herumliegenden Geräten, vorstehenden Nägeln, Drähten usw. entstanden. Auch durch Berührung elektrischer Leitungen und durch Benutzung ungenügend geschützter Maschinen sind Unfälle eingetreten.

In einer Anzahl von Fällen haben Unternehmervereinigungen, insbesondere die der Dachdecker und Maler, verlangt, einige ihnen drückend er-

Die „Junge Front“ muß bleiben!

Bei den letzten Wahlkämpfen waren erfreulicherweise viele, viele junge Streiter zu finden. Sie fanden sich in Gruppen zusammen, wirkten als einzelne, demonstrierten, diskutierten, klebten, verteilten Flugchriften, bekannten sich am ehesten und andauerndsten zum Dreipfeil und zum Freiheitsruf, leisteten Schlepperarbeit, verrichteten Sicherheitsdienst im Reichsbanner, wirkten in den Werbetrupps der Betriebe, Stempelstellen, Wohnzellen mit, scheuten weder Wind noch Wetter und andere Strapazen und setzten oftmals sogar vorbehaltslos ihr junges Leben für den Sieg der Bewegung aufs Spiel.

Dieser Opfermut, diese Hingabe, diese kameradschaftliche Mitarbeit der Jugend darf nichts Einmaliges sein! Noch sind wir nicht „über den Berg“ hinweg. Herr Hitler, und damit die deutschen Großgrundbesitzer, Industrie-, Kauf- und Bankherren, versuchen immer noch, im Staat und in der Wirtschaft allein zu herrschen. Die Arbeitnehmerschaft soll nichts zu sagen haben, sie soll Lasten übernehmen, duldsam sein, wenn sie ohne oder in der Arbeit ist! Was sie unbedingt, notdürftig

zum Leben braucht, das will man ihr geben, aber nicht mehr, und keinesfalls soll das Gewährte rechtlich gesichert, staatlich anerkannt sein.

Keine der unsozialen Steuern wurde aufgehoben. Hunderttausenden jungen Arbeitslosen blieb weiterhin die Unterstützung entzogen. Millionen ihrer Genossen und Genossinnen werden mit ein paar Bettelptennigen abgespeist. Im Betriebe schreit die Ausbeutung der Jugend fort. Lohnabbau, Ferienraub, keine Arbeitszeitverkürzung, Schmälerung des Mitbestimmungsrechts im Betriebe, das sind auch neuerdings die Bestrebungen der Unternehmer. Stundenlöhne von 20, 25, 30 ₰ gelten wieder als angemessen für die Jungarbeiterschaft. Die staatlichen Schlichtungsorgane helfen mit, die Tarifverträge verschlechtern. Entweder fällen sie Entscheidungen, die den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen oder sie sagen, „wir haben an den Lohn- und Tarifikämpfen kein Interesse, da keine bedeutsamen volkswirtschaftlichen und staatlichen Interessen bedroht sind“. Gerade den Gruppen, die viele jugendliche Beschäftigte auf-

weisen, wird das oftmals entgegnet. Man meint damit nichts anderes als die Tatsache, daß die Jugend bisher so wenig selbständig in der Vertretung ihrer Leistungs- und Lebensansprüche hervortrat und daß daher nichts zuungunsten der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten ist, wenn der Lohn und die Arbeitsbedingungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge besonders dem Druck der großen Wirtschaftskrise und dem brutalen Vorgehen der Unternehmer ausgesetzt werden. Eure Zurückhaltung in Gewerkschaftsangelegenheiten, ihr Jungen und Mädel, ihr Jugendlichen und Jüngeren der Arbeiterklasse, nützt man also in den gegenwärtigen Lohn- und Tarifikämpfen ganz rücksichtslos aus!

Zugleich geschieht nichts, was geeignet wäre, der langandauernden Arbeitslosigkeit Abbruch zu tun. Die Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende, von den freien Gewerkschaften seit einem Jahre gefordert, seit Monaten in besonderen Plänen begründet und aufgezählt, ist von Staats wegen immer noch nicht durchgeführt. Die Monopolstellung des verschuldeten Großgrundbesitzes, der Konzerne, Syndikate, Kartelle ist so gut wie unangetastet geblieben. An dem wirtschaftlichen Notprogramm der Gewerkschaften geht die Regierung vorbei. Hitler untersagt in seinen Kreisen sogar eine Diskussion darüber. Er und seine Befürworter im Kreise der heutigen Machthaber in Deutschland haben andere Sorgen. Sie setzen republikanische Beamte ab, setzen nationalsozialistische und monarchistische ein (der Staat hat ja soviel Geld!), und bereiten alles vor, um die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

Genug der Dinge und Taten! Rechts, rechts soll der Kurs der deutschen Republik gehen! Ist das nicht Grund genug, um als „Junge Front“ den Kampf aufzunehmen?

Die Gewerkschaften, ihre Errungenschaften, ihre Mitglieder werden von der Reaktion unter Terror gesetzt. Jeden Tag hagelt's Kriegserklärungen, jeden Tag werden die Tarifverträge gekündigt, Akkordlöhne gebrochen, Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt, Arbeitnehmer entlassen oder zu Kurzarbeitern gemacht. Wie die Partei, so müssen jetzt auch die Gewerkschaften verteidigt werden. Die Not der Zeit hat die Jugend politisiert, hat in der Jugend den Willen erweckt, nicht nur den Jahren nach, sondern auch in der Art des Kampfes das „Jungvolk des Proletariats“ zu sein. Jetzt gilt es nun von neuem die Probe dafür abzulegen. Unsere Gegner berennen verstärkt unsere wirtschaftlichen Kampfposten. Sie wollen an das Fundament der Eisernen Front, an ihre Stützpunkte in den Betrieben und Büros heran. Wir müssen dem wehren! Jungbanner, Junghundertschaften, Junghammerschaften, SAJ-Genossen und -Genossinnen gehören darum immer noch als „Junge“ innerhalb der Eisernen Front zusammen. Sie müssen der Vortrupp werden, der jetzt in den Gewerkschaften den aufgezungenen harten Kampf mitführen hilft, der die unorganisierten Mitarbeiter einreißt in die Gewerkschaftsfront, der Störenfriede und andere, die theoretisch alles besser wissen, zurechtweist und aufklärt. In gemeinsamen Kundgebungen müssen die Uebergriffe der Unternehmer und die gewerkschaftlichen Forderungen dem Jungproletariat nahegebracht werden. In planmäßiger Schulungsarbeit sind in allen Gruppen die Gegenwartsfrage und die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften zu besprechen. Keiner unserer Klassengenossen darf aus Gleichgültigkeit, falschem Urteil oder aus Unwissenheit der Gewerkschaftsbewegung in dieser Notzeit fernbleiben. Keiner darf die bedeutsame Funktion und Mission der Gewerkschaftsbewegung verkennen. Die Junge Front muß bleiben! Neue Aufgaben und neue Erfolge müssen sie noch inniger untereinander verbinden und müssen ihr in der großen, kampferprobten Eisernen Front noch mehr Freunde und weitere Anerkennung verschaffen. — Das war die einmütige Auffassung aller gewerkschaftlichen Jugendleiter, die kürzlich unter Führung des ADGB tagten. Nur in solcher Zusammenarbeit sehen sie eine wirkliche Einheitsfront der Arbeitnehmer entstehen.

Kameraden! Besucht regelmäßig die Veranstaltungen des Verbandes. Alle Verbandskameraden müssen aktive Kämpfer für unsere Sache werden!

UNTERHALTUNG & WISSEN



Maxim Gorki

Zu seinem 40jährigen Schriftsteller-Jubiläum am 25. September

Wenn in diesen Tagen das russische Proletariat das 40jährige erlebnis-, arbeits- und erfolgreiche literarische und kulturpolitische Schaffen des großen russischen proletarischen Dichters Maxim Gorki zum Anlaß nimmt, ihm für die brüderliche Mithilfe an dem Befreiungskampfe des arbeitenden Menschen in Form von großen offiziellen Festlichkeiten, durch die Veranstaltung einer großen Jubiläumsausgabe seiner Werke, durch Theater-Ehrungen und durch Filmwerke nach Motiven des Dichters usw. zu danken, wird die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die Arbeiterschaft der ganzen Welt nicht unter den Gratulanten fehlen wollen. Für uns ist es keine selbsterhellende Geste eines nur periodischen Gedenkens, sondern ein Gruß des Dankes und des Stolzes, den wir uns in wähernder Freundschaft für den Dichter und sein Werk abzustatten verpflichtet fühlen. Wir sehen in Maxim Gorki nicht nur den repräsentativen Vertreter eines wahrheitsliebenden Naturalismus und romantischen Realismus, oder wie sonst die schon etwas antiquarischen Literaturmarken heißen mögen. Wir lieben in ihm einen der Unsrigen, den Arbeiter, den ewigen Vagabunden, getrieben von einer brennenden Sehnsucht nach Wahrheit, Freiheit und Schönheit. Und wir lieben in Gorki den Dichter der Verworfenen, der Armen, der Leidzerfurchten, der Besitzlosen und Geknechteten.

1868 in Nishnij-Nowgorod geboren, war sein eigentlicher Name Maximowitsch Péschkow, erst 1892 nannte er sich Gorki, das heißt „der Bittere“. Seine früheste Jugend verlebte er, nachdem sein Vater der Cholera erlegen war, im Hause seiner Großeltern. Es waren trübe und elenderfressene Jahre. Vom Großvater lernte er schreiben und von der Großmutter hörte er die schönsten russischen Sagen und Märchen, die in ihm den Dichter wachriefen. Trostlose Kinderjahre; als Lumpenmatz gescholten und verachtet, daß die gleichaltrigen Knaben in der Schule sich seines übten, vom Ausräumen der Müllkasten und Schutthalten anhaftenden Geruches wegen von ihm fortwünschten. Als seine Mutter, die sich zum zweiten Male nach Moskau verheiratet hatte, starb, schickte ihn auch der Großvater aus dem Hause. Elfjährig war er nun Helfer in einem Schuhwarengeschäft, wo er auch jegliche Hausarbeit verrichten mußte. Dann Hausknecht, „Mädchen für alles“ und Laufbursche bei einem Zeichner, im Frühjahr 1881 Geschirrwäscher auf einem Wolgadampfer. 1883 bis 1885 kam er wieder zu einem Zeichner in die Lehre, zwischendurch begeisterte er sich für das Theater, übte als Statist und Chorist. Eine zum Zwecke revolutionärer Propaganda gegründete Semmelbäckerei beschäftigte ihn als Gehilfen und Austräger, dann folgten lange Jahre des Wanderns durch das Dongebiet, die Ukraine, Neu-Rußland, weiter durch Bessarabien, das Schwarze Meer entlang, nach Odessa und Tiflis. In Tiflis fand er Arbeit in einer Eisenbahnwerkstätte. Ein Freund riet ihm, all das aufzuschreiben, was er in den Jahren gesehen, erlitten und erlebt hatte. So entstand hier in Tiflis im Jahre 1892 seine erste Erzählung „Makaschudra“, die einige Zeit darauf in der Zeitung *Kawkas* druckgelegt wurde und Gorkis spätere Bedeutung innerhalb der Literatur Rußlands einleitete. In dem russischen Dichter Korolenko fand er einen aufrichtigen und besorgten Freund und Lehrer. Unermüdet bemüht, die Lücken seines Wissens und seiner Bildung auszufüllen, eroberte sich Gorki unter großen Opfern Menschen und Geist seines Volkes und seiner Heimat. Dem Malik-Verlag, Berlin, gebührt das zu dankende Verdienst, das Werk Maxim Gorkis

in einer schönen und wohlfeilen Ausgabe in 17 Bänden, die auch einzeln im Handel sind, gesammelt zu haben, auf das an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen sein soll. Kein Buch von Gorki dürfte ungelesen bleiben; in jede Familie und in jede Arbeiterbibliothek gehört es. Neben Martin Andersen-Nexö gibt es innerhalb der proletarischen Dichtung nichts Gleichwertig-Vollendetes, das in einem Atemzuge mit Gorkis Werk genannt werden kann. Das grausig-schöne, steppenreiche und ungeheure Rußland schenkte dem Proletariat aller Länder seinen Dichter, dem es gegeben war, liebend wiederzuberichten, was er sehen und erleben durfte: Das Leben der Floß-Schiffer, der Fabrikarbeiter, der Landstreicher, der Bauern und jeglicher Kreatur. Wiedererzählend gehört sein Herz all denen, die das Schicksal in den Staub warf und in die Ketten schmiedete, die sich aber trotz alledem anschickten, Freiheit und Glück für die dürstende Seele zu erobern. Immer war Gorki der Mensch und das Menschliche im Menschen einer liebenden und heiteren Bemühung wert; aus dem Schicksal und dem Leid sog er Kraft und Trieb zur Gestaltung und alle seine Romane und Erzählungen sind eine schöne unendliche Variation über dieses eine Thema.

Walther Gosch.

Der Sturmvogel

Geschrieben im März 1901, und die kommende Revolution voraussahend, wurde nachstehendes symbolische Gedicht in Prosa seinerzeit von der zaristischen Regierung verboten.

Ueber der grauen Ebene des Meeres jagte der Wind die Wolken zuhauf. Zwischen Wolken und Meer schießt stolz der Sturmvogel dahin, einem schwarzen Blitze vergleichbar. Bald die Wogen mit dem Fittich streifend, bald pfeilgeschwind zu den Wolken empor-schwebend, schreit er hell auf — und die Wolken hören die Freude in dem kühnen Schrei des Vogels.

Aus diesem Schrei klingt die Sehnsucht nach dem Sturm! Die Kraft des Zornes, die Flamme der Leidenschaft und die Gewißheit des Sieges hören die Wolken aus diesem Schrei. Die Möven stöhnen vor dem Sturme, sie stöhnen, streichen unruhig über der See hin und her und möchten am liebsten ihre Angst tief unten auf dem Meeresgrunde verbergen.

Auch die Taucher stöhnen — sie kennen nicht die wilde Lust des Lebenskampfes; das Dröhnen des Donners schreckt sie.

Der dumme Pinguin versteckt ängstlich den feisten Körper zwischen den Felsen... Nur der stolze Sturmvogel schießt kühn und frei dahin über dem gischtgrauen Meere!

Immer finsterner werden die Wolken, immer niedriger senken sie sich zum Meer, und die Wogen singen und tanzen empor, dem Donner entgegen.

Der Donner kracht. Zornig ächzen und schäumen die Wogen im Kampf mit dem Wetter. Mit fester Umarmung packt der Sturmwind ganze Scharen von Wogen und schleudert sie in wilder Bosheit gegen die Felsen, wo die smaragdgrünen Massen zu Schaum und Staub zerstioben. Der Sturmvogel schießt schreiend durch die Luft, einem schwarzen Blitze gleich, durchdringt wie ein Pfeil das Gewölk, streift mit dem Flügel den Gischt der Wogen. Er schwebt daher wie ein Dämon — ein stolzer, schwarzer Dämon des Sturmes und er lacht und schluchzt...

Er lacht über die Wolken, er schluchzt vor Freude!

Er lacht, der Dämon, denn sein feines Ohr hört aus dem Zorn des Donners längst die Ermüdung, die Schwäche heraus; er ist überzeugt, daß das schwarze Gewölk die Sonne nicht verbergen kann! Der Sturmwind heult... Der Donner kracht...

Mit blauer Flamme lodern die Wolkenmassen über die Tiefe des Meeres. Das

Meer fängt die Pfeile der Blitze auf und löscht sie aus in seinem Abgrund. Wie feurige Flammen bohren sich die Reflexe der Blitze ins Meer und verschwinden.

„Der Sturmwind! Ha, wie er tobt!“

Der kühne Sturmvogel schießt zwischen den Blitzen über dem zornig brüllenden Meere dahin; und er schreit, ein Prophet des Sieges:

„Tobe nur, Sturmwind, tobe — immer stärker, wilder!...“ Maxim Gorki.

(Mit Genehmigung des Malik-Verlages, Berlin, dem 2. Band der Gorki-Gesamtausgabe entnommen.)

Wunder der Technik

Es war von jeher der Traum des Menschen, mit seiner Stimme den gesamten Erdball zu durchdringen. Die Erfindung des Radios hat diesen Traum zum größten Teil verwirklicht. Diese wertvollen Erfindungen der letzten Jahrzehnte erfahren eine ständige Verbesserung und Erweiterung. Vor einigen Jahren gelang es, auf einigen deutschen Schnellzuglinien die Zugtelephonie einzuführen. Wunschgemäß konnte jeder Reisende von einem fahrenden Zug aus in ganz kurzer Zeit mit jedem Fernsprechteilnehmer Deutschlands, ja des europäischen Festlandes verbunden werden und sich mit diesem wie von einem Zimmer aus unterhalten. Auf die gleiche Weise konnte jeder Reisende der mit Zugtelephonie ausgerüsteten Schnellzüge telephonisch erreicht werden. Wenn der durch seine Kleidung kenntliche Bote in einem Schnellzug von Abteil zu Abteil geht und Herrn Meyer aus Berlin sucht, dann weiß jeder Reisende, daß er ein aufgenommenes Telegramm abgeben will oder der Gesuchte am Telephon verlangt wird. Jetzt hat der Norddeutsche Lloyd auf seinen großen Ueberseedampfern „Bremen“ und „Europa“ die Schiffstelephonie eingerichtet. Jeder Passagier dieser Schiffe kann jederzeit und von jeder Stelle des Ozeans aus mit dem Fernsprechteilnehmer des Festlandes sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten in Verbindung treten. Auf die gleiche Weise ist es möglich, einen Reisenden dieser Schiffe zu erreichen. Man setzt sich an den Schreibtisch, verbindet sich mit dem Fernamt und sagt dem Fräulein: „Bitte, verbinden Sie mich mit Herrn X. vom Dampfer ‚Bremen‘.“ In verhältnismäßig kurzer Zeit ist man mit Herrn X. verbunden und kann sich mit ihm unterhalten. Die ersten Gespräche, die zwischen Berlin und dem sich vor dem Newyorker Hafen befindenden Dampfer „Bremen“ geführt wurden, ergaben eine Verständigung, wie sie auch bei Stadttelephongesprächen nicht besser sein kann. Die Anlage ist von der Deutschen Gesellschaft für drahtlose Telephonie in Zusammenarbeit mit Telefunken geschaffen worden. Was gestern noch Traum war, ist heute Wirklichkeit.

Sprache und Arbeit

Manchmal sprechen Menschen bei ihrer Arbeit und manchmal nicht. Manchmal können sie gar nicht sprechen, weil sie zu sehr mit ihrer Arbeit beschäftigt sind. Man braucht nur in einen Arbeitssaal zu gehen, um solche Studien anstellen zu können.

Man hat solche Studien neuerdings an Kindern, die mit Arbeit beschäftigt waren, angestellt, und wir müssen schon sagen: so, wie die Kinder sind, so sind eigentlich auch die Erwachsenen. Nur können sie nicht immer so natürlich in ihrem Verhältnis von Arbeit und Sprache sein. Die Sprache tritt an den Anfang, so schreibt Hans Martin in der Zeitschrift für pädagogische Psychologie über diese Untersuchungen. Man kann noch sprechen, die Arbeitswärme, die zum Schweigen zwingt, ist noch nicht da. Und dann kommen oft Augenblicke des tiefsten Schweigens. Man kann nicht sprechen. Doch dann man kann wieder sprechen. Wenn ein entscheidender Ar-

beitsmoment vorüber ist. „Man entläßt das Vollendete. Man schaut ihm nach, das Wort zerschneidet die Nabelschnur, die Werk und Schöpfer verband.“

Ja, so ist des Menschen Verhältnis zur Arbeit; aber das moderne Schaffen am laufenden Bande entfernt den Menschen zu sehr von seinem Arbeitsprodukt. Das kann uns die Art der Sprache beim Werk zeigen. Die Sprache gehört in irgendeiner Weise zum Werk. Wo die Sprache erstickt, weil der Mensch hastet und hetzt, da ist die Arbeit nicht nach Menschenwürde gestaltet.

Auch „in Augenblicken der Not oder der Befreiung tritt das Wort auf, mitten im Arbeitsgeschehen. Man muß sprechen, der Widerstand ist zu hoch, die Freude, ihn erklettert zu haben, zu groß: das kann nicht stumm erlebt werden.“

Aber solch ein Wort ist heute so oft nur ein stiller Fluch. Oder ein Wort des Glücks, wenn die mechanische Arbeit endlich überstanden ist. Die Sprache ist heute nur zu oft die Sprache der Empörung, des Ablehnens, während sie die Sprache der inneren Verbundenheit mit einem Werk, das man liebt, sein soll.

Beim Kinde, das schafft, kann man noch dieses echte, tiefere Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit erkennen. Daß der Arbeitsmensch diese Sprache der Arbeit meist nicht mehr kennt, zeigt, wie sehr der Mensch im kapitalistischen Arbeitsleben seelisch entwurzelte.

Ohrfeigen-Philosophie

Das Arbeitsgericht in Frankfurt a. M. zeichnet sich bekanntermaßen durch besonders tiefgründige Urteile aus. Geradezu berühmt geworden ist jene Entscheidung, die das bekannte Goetz-Zitat rechtlich unterbaut und feststellt, daß dieses Zitat gebraucht wird, entweder um ein Gespräch wirkungsvoll abzuschließen oder um einer Unterhaltung eine andere Wendung zu geben. Jetzt hat das gleiche Gericht ein Urteil über Wert, Zweck und Ursprung der Ohrfeigen gefällt. Und dieses Urteil ist ebenso tiefstehend, geradezu philosophisch, wie das Goetz-von-Berlichingen-Urteil.

Ein Handwerksmeister hatte seinem Lehrling gelegentlich eine Ohrfeige verabfolgt. Da sich diese Gelegenheiten häuften, war der Lehrling auf Veranlassung seines Vaters von der Lehrstelle fortgeblieben, klagte aber auf Zahlung einer Entschädigung, da er durch Verschulden des Meisters seine Lehre nicht beenden konnte.

Das Arbeitsgericht hatte also zu prüfen, ob ein Lehrling von einem Ohrfeigen austeilenden Meister fortlaufen darf. Es kam zur Verneinung dieser Frage. In seiner Urteilsbegründung gibt das Arbeitsgericht Frankfurt a. M. eine interessante wissenschaftliche Darlegung über die Ohrfeige. Es heißt dort:

„Die Ohrfeige ist seit Jahrhunderten eine volkstümliche Vergeltungsmaßnahme, die, gegeben zur rechten Zeit, am rechten Fleck, mit rechtem Maß, zum rechten Zweck, in ihrer erzieherischen Wirkung unerreicht ist und weder durch mildweise Mahnungen noch durch drakonisch strenge Ehrenstrafen im Einzelfalle ersetzbar ist.“

Gegen so viel abgrundtiefe Weisheit muß alle Kritik verstummen. agd.

Trutz euch!

Ihr kriegt mich nicht nieder, ohnmächtige Tröpfe! Ich komme wieder und wieder, und meine steigenden Lieder wachsen begrabend euch über die Köpfe. Lenau

Der Allerdeutsche

Niemals wehrt sich der Esel; als deutsches unter den Beestern stört er niemand Genuß, selbst nicht des Wolls, der ihn frißt. Hebbel

Arbeitslosigkeit, die Geisel der Menschheit

Nach den letzten Veröffentlichungen des deutschen Statistischen Reichsamts über den Stand der Arbeitslosigkeit zeigt sich, daß Ende März dieses Jahres, das heißt, vor Beginn der leichten Saison-erholungen, Amerika am schärfsten betroffen war, wenn man die Zahl der Erwerbslosen mit der erwerbstätigen Bevölkerung vergleicht. In USA. waren zu diesem Zeitpunkt 22 % der Erwerbstätigen arbeitslos. Dann folgt Deutschland mit 18 %, Kanada mit 13,9 %, Oesterreich mit 13,1 %, Großbritannien mit 12,7 % und die Tschechoslowakei mit 12,2 %. In den übrigen Ländern bleibt der Prozentsatz der Arbeitslosen unter der erwerbstätigen Bevölkerung unter 10 %. Am günstigsten waren die Beschäftigungsverhältnisse im März 1932 nach dieser Statistik in Finnland mit nur 1 % arbeitslosen Erwerbstätigen und in Estland mit 1,3 % Arbeitslosen. Von den größeren europäischen Staaten hatten die geringste Arbeitslosigkeit die Schweiz mit 2,7 % und Schweden mit 3,6 %, es folgten Frankreich mit 4,6 %, Belgien mit 5,2 %, Italien mit 5,4 %, Dänemark mit 7,4 % und die Niederlande mit 9,6 % Arbeitslosen unter den Erwerbstätigen. Aus dem Vergleich mit dem Vorjahre ergibt sich, daß von den großen Staaten wiederum Amerika im letzten Jahre weit aus am schärfsten in den Strudel der Weltarbeitslosigkeit hineingerissen wurde: Der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Erwerbstätigen stieg von 12,5 auf 21,9, während er zum Beispiel in Deutschland von 14,2 auf 18 stieg und in Großbritannien sogar von 12,8 auf 12,7 sank. Das schärfste Tempo steigender Arbeitslosigkeit hatten die Schweiz mit einer Zunahme um 170 % binnen Jahresfrist und Frankreich mit einer Zunahme von 130 % zu verzeichnen. Eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit erfolgte in Belgien und in den Niederlanden, fast eine Verdoppelung in der Tschechoslowakei. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt betrug im März 1932 nach dieser Erhebung 25,5 Millionen. In den Sommermonaten ist zwar eine leichte Saisonbelebung eingetreten, doch häufen sich jetzt schon wieder die Meldungen über erneut ansteigende Arbeitslosenziffern.

Unternehmeroffensive zur Durchführung der Notverordnung

In seiner Rundfunkrede hat der Reichskanzler von Papen die Unternehmer zur Mithilfe an der Durchführung der Notverordnung aufgerufen. Mit guten Gründen, denn in ihrem Sinne ist das Gesetzwerk gehalten. In der Presse fordern hier und da Unternehmer dazu auf, die Regierung nicht im Stich zu lassen. In der DBZ., Nr. 220, befindet sich ein schwungvoller Aufruf eines Schraubenfabrikanten zur Offensive des Unternehmertums. Eine Stellungnahme gegen die Notverordnung sei gleichbedeutend mit Landesverrat. Ein Unternehmer, der dies tue, sei ein Verräter an den eigenen Kreisen. Zum Schluß vernehmen wir folgendes:

„Das Unternehmertum wird, wie in früheren Zeiten, durch die mutige Tat den Beweis dafür antreten, daß seine Ansprüche, als Führerschaft anerkannt zu werden, berechtigt sind. Genau wie im August 1914 alle einig aufstanden im Kampf mit den Waffen gegen den äußeren Feind, genau so werden auch jetzt die Unternehmer gemeinsam sich erheben im Offensivkampf gegen die Wirtschaftskrise und ihre Belegschaften zum erfolgreichen Siege führen. Dieser Offensivgeist wird Deutschland dazu bringen, die Not der Jetztzeit zu überwinden.“

Wir werden hoffentlich Gelegenheit haben, die Folgen dieser Unternehmer-

offensive kennenzulernen. Wir werden sehen, wie sie „ihre Belegschaften zum erfolgreichen Siege führen“. Allerdings, wenn man derartige Geschenke in den Schoß geworfen bekommt, kann man sich auch bereit erklären, die Offensive zu ergreifen. Der Offensivgeist des Unternehmertums ist nichts anderes als Patriotismus mit klingender Münze.

Die GEG.

Wer jemals die Verteilungsstelle einer Konsumgenossenschaft betrat, kennt das Zeichen GEG. Diese einprägsame Buchstaben-Gruppe ist wirklich nicht zu übersehen, aber irren würde sich, wer meinte, daß diese Buchstaben lediglich ein Warenzeichen darstellten. In einer Zeit, in der Aeußerlichkeiten sehr beliebt sind, verlieren Symbole oft sehr schnell ihre Bedeutung, und doch darf das Zeichen GEG sich laut und offen als Symbol bekennen. Es ist Ausdruck eines Gedankens, der schon Gestalt wurde und alle Aussicht und Anwartschaft hat, immer mehr Gestalt zu werden. GEG ist die höchste praktische Aeußerung des konsumgenossenschaftlichen Gedankens; sie ist die Geldmacht der deutschen Konsumgenossenschaften; sie ist die vernünftig gestaltete Wirtschaftsführung im Einkauf der Wirtschaftsgüter und deren Verteilung; sie ist vor allem und nicht zuletzt die Güterherstellung mit den besten Mitteln. Wie sonderbar ist doch der Unterschied zwischen dem Erstaunen dessen, der etwa einige der Erzeugungsbetriebe der GEG kennt, und der Gleichgültigkeit bei den Leuten, denen das Nachdenken über den Sinn der GEG unbequem ist. Gütererzeugung heißt, Menschen beschäftigen; konsumgenossenschaftliche Güterherstellung heißt, Menschen zu ordentlichen Bedingungen beschäftigen. Möglich wird diese Gütererzeugung durch den Umsatz an Erzeugnissen aus den Betrieben der GEG. Warum also dulden, daß nur einige tausend Volksgenossen zu ordentlichen Bedingungen hochwertige Güter herstellen, wo, wenn der mögliche Umsatz wirklich getätigt würde, die vielfache Anzahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigt werden könnte? Warum duldet ihr Arbeiter und Angestellten in Stadt und Land diesen Zustand? Geht es euch wirtschaftlich so wohl, daß ihr die Arbeit zur Verbesserung der Lebenshaltung an irgendeiner Stelle ruhen lassen dürft? Scharf euch in euren Konsumgenossenschaften um die GEG! Verzehrt, verbraucht alles, was sie euch an Zigarren und Seife, Nudeln und Fleisch, Kleidung, Schuhwerk und vielem andern zu geben hat!

Internationale Nachrichten

Vorstandssitzung des IGB.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte am 15. und 16. September in Berlin zur Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung.

Er genehmigte zunächst den vom Sekretariat unterbreiteten Bericht über die im Juli dieses Jahres in Uccle bei Brüssel abgehaltene Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder. Es wurde beschlossen, diese internationalen Schulungskurse jüngerer Gewerkschafter, die bisher einen ganz ausgezeichneten Verlauf nahmen und glänzende Erfolge erzielten, weiterzuführen und die Schulungswoche 1933 in Oesterreich (Wien) abzuhalten. Für später wurde in Aussicht genommen, ein derartiges internationales Treffen der jüngeren Gewerkschafter in Spanien vorzubereiten. Das Sekretariat wird den an diesen Zusammenkünften teilnehmenden Schülern ermöglichen, die angeknüpften Beziehungen durch Briefwechsel aufrechtzuerhalten und zu befestigen sowie ihre Sprachkenntnisse zu erweitern.

Der Vorstand nahm sodann einen Bericht des Jugend- und Bildungskomitees entgegen; eine Resolution dieses Komitees wurde gutgeheißen.

Der Entwurf eines internationalen Schul- und Bildungsprogrammes wurde eingehend beraten, — ebenso die Frage, ob die Bildung einer Arbeiterbildungsinternationale, die sich auch mit den Fragen des Films befassen soll, zweckmäßig ist. Das Sekretariat wird bei den Landeszentralen zunächst eine Enquête über die bestehenden Bildungsorganisationen der Arbeiterklasse veranstalten.

Weiter genehmigte der Vorstand den Bericht des Vierländerkomitees und stimmte dem von diesem gefassten Beschluss über die Möglichkeit einer Fortführung der Propaganda im luxemburgisch-lothringischen Industriegebiet zu. Gegen Ende des Jahres wird das Vierländerkomitee wieder zusammentreten, um weitere Entscheidungen in dieser Angelegenheit zu treffen.

Ueber Japan konnte der Generalsekretär erfreulicherweise berichten, dass die Schaffung einer einheitlichen Landeszentrale derjenigen Gewerkschaften unmittelbar bevorsteht, die gegen die imperialistische und faschistische Politik in Japan kämpfen. Mit einer Sympathieäußerung wurden die Bestrebungen der freigewerkschaftlich orientierten japanischen Genossen begrüßt und ihnen in solidarischer Verbundenheit Unterstützung zugesagt. Den 2000 streikenden Textilarbeitern in Hiratsuka, die für die Sicherung und Erweiterung des Koalitions- und Vereinigungsrechts kämpfen und einen Lohnabbau der Unternehmer erfolgreich abzuwehren im Begriff sind, wurde zur Stärkung des Solidaritätsgefühls ein Unterstützungsbetrag bewilligt.

Die sozialpolitischen Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden vom Vorstand endgültig verabschiedet. Dieses Programm wird nunmehr den angeschlossenen Landeszentralen als Material für den 1933 in Brüssel stattfindenden Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes übersandt.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes brachte einmütig zum Ausdruck, dass vom Internationalen Arbeitsamt energische Massnahmen zur gesetzlichen Einführung der Vierzigstundenwoche erwartet werden müssen. Die Einberufung einer Sonderkonferenz der drei Repräsentantengruppen wird als einzige Möglichkeit, sofort zu praktischen Ergebnissen zu kommen, bezeichnet und nach wie vor vom Internationalen Gewerkschaftsbund begrüßt werden. Bezüglich der Aufstellung der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1934 wurde betont, dass für die engere Wahl die vier folgenden besonders vordringlichen Fragen unbedingt in Betracht kommen müssten, nämlich die Frage der bezahlten Ferien, der Begrenzung der Höchsttragslasten, das Problem der Zwangsarbeit und die Erweiterung des Katalogs der Berufskrankheiten.

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Agitationsmaterial

Die Zahlstellenvorsitzenden erhielten vor einigen Tagen verschiedenes Agitationsmaterial zur Verwendung in den Zahlstellen. Unter anderem lag der Sendung ein Exemplar des Briefes von Leipart an die deutsche Arbeiterschaft und die ungehaltene Rede des früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe bei. Beide Drucksachen müssen in den Mitgliederversammlungen erörtert und diskutiert werden.

Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933

Der Verbands-Taschenkalender 1933 ist als Jubiläumsausgabe herausgegeben worden. Den Zahlstellenvorsitzenden wurde vor einigen Tagen ein Probeexemplar übermittelt. Der Sendung lag gleichfalls ein Prospekt bei, aus dem die Verkaufsbedingungen ersichtlich sind. Wir er-

suchen die Zahlstellenvorstände, Bestellungen unverzüglich einzusammeln und an den Zentralvorstand weiterzuleiten. Bestellungen sind umgehend bei den Zahlstellenvorständen aufzugeben. Der Preis ist erheblich herabgesetzt. Der Kalender kostet nur 45 ⚡.

Baugewerbliches

Risiko der Bauarbeiter

An einer Baustelle in der Nähe von Dogern am Oberrhein verunglückte am 11. September unser Kamerad Bernhard Tuschen dadurch tödlich, daß er während der Arbeitszeit mit dem Starkstrom in Berührung kam. Unser Kamerad war sofort tot. Es zeigt sich wieder, daß die Unfallverhütungsvorschriften auf den Baustellen einer schärferen Kontrolle unterzogen werden müssen, wenn Unfälle dieser Art nicht mehr vorkommen sollen. In der Regel wird es mangelhafte Kontrolle von seiten der Behörden sein, die zu den Unfällen Veranlassung geben.

Baukrise in allen Ländern

Die Krise im Baugewerbe ist international. Zwar ist die Arbeitslosigkeit der Bauberufe nicht gleichmäßig groß, aber in keinem Lande dürfte das Baugewerbe in einer normalen Lage sein. Nach einem Bericht des Sekretärs der Bauarbeiter-Internationale gab es während der Hochsaison 1932 in Prozent der Gesamtzahl arbeitslose Bauarbeiter in Belgien 33, Dänemark 41, Deutschland 78, Finnland 63, Frankreich 15, Großbritannien 26, Holland 36, Jugoslawien 18, Mecklenburg 22, Norwegen 42, Oesterreich 70, Rumänien 85, Schweden 42, Schweiz 8, Spanien 50, Tschechoslowakei 17 und Ungarn 80. Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter bewegte sich mithin von 8 % in der Schweiz bis 85 % in Rumänien. Dennoch gibt es in allen Ländern eine große Zahl von Familien, die keine Wohnung haben und eine noch größere Zahl, die in elenden Löchern hausen. Kapitalistische Mißwirtschaft!

Gewerkschaftliches

Ein nachahmenswertes Beispiel

Die Kameraden unserer Zahlstelle Kiel haben auf Grund verschiedener Anregungen eine Zimmerer-Arbeitsgemeinschaft gegründet, die den Zweck haben soll, den jungen Kameraden bis zum 25. Lebensjahr Betätigungsmöglichkeiten zu erschließen. In einem Rundschreiben wendet sich der Zahlstellenvorstand und der Jugendleiter dortselbst an die organisierten jüngeren Kameraden. Die Einladung hat folgenden Wortlaut:

Jugend in Front!

In der Erkenntnis, daß die der Lehrlingsgruppe entwachsenen jüngeren Kameraden bis zum 25. Lebensjahre nicht das gewünschte Betätigungsfeld gefunden haben, rufen wir alle zur Bildung einer Zimmerer-Arbeitsgemeinschaft

auf. Es ist nicht geplant, wirtschaftliche oder politische Kurse abzuhalten, sondern nur gemütliche und zwanglose Zusammenkünfte, bei denen dann auch die jeweiligen Tagesereignisse diskutiert werden. Selbstverständlich werden dabei Erlebnisse ausgetauscht werden, bei der auch unsere Lehrlinge, die ebenfalls alle kommen müssen, ihre Kenntnisse erweitern können. Es ist an der Zeit, daß unser Kameradschaftsgefühl der Zusammengehörigkeit mehr gefestigt wird. Zeit haben alle mehr als genug, und jeder kann ohne Scheu seine Meinung unter gleichaltrigen Kameraden zum Ausdruck bringen. Zum ersten Male, kommen alle ehemaligen Lehrkameraden und alle unsere Lehrlinge am Mittwoch, 28. September, 19.30 Uhr, im neuen Jugendheim, Gewerkschaftshaus, 3. Stock, zusammen.

Diese Anregungen, die von Kiel ausgehen, verdienen weitestgehende Beachtung. In allen Zahlstellen sollten, sofern die Möglichkeit hierzu besteht, Einrichtungen ähnlicher Art geschaffen werden. Die jungen Kameraden sollen in irgendeiner Form in den Dienst der Gewerk-

„Der Zimmerer“

will die Verbandskameraden schnell und zuverlässig über alle Gewerkschaftsfragen informieren. Sorgt deshalb, daß die Verbandszeitung pünktlich und wöchentlich kolportiert wird.

schaftsarbeit und der gewerkschaftlichen Betätigung gestellt werden. Es ist der richtige Weg, der in Kiel beschriftet wird.

Siemens und die Gewerkschaften

Kein Geringerer als Herr Carl Friedrich von Siemens befaßt sich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit den Gewerkschaften. Er versucht den Ausführungen entgegenzutreten, die der Kollege Tarnow in der „Gewerkschaftszeitung“ gemacht hat. Kollege Tarnow hatte auf die sinnlosen Fehlinvestitionen hingewiesen und in diesem Zusammenhang von der „Entgötterung der Wirtschaftsführer“ gesprochen. Herr von Siemens kommt auf die Kaufkrafttheorie zu sprechen, um dann folgendes zu schreiben: „Auf Grund ihres politischen Einflusses war es den Gewerkschaften weitgehend gelungen, diesen Grundsatz (daß die Kaufkraft der Massen das Primäre sei) zur Durchführung zu bringen, sie hatten dadurch erreicht, daß der Konsum und damit die Nachfrage sich außerordentlich gehoben hat.“ Wenn dies die Gewerkschaften tatsächlich erreicht haben, so ist dies nicht nur volkswirtschaftlich zu begrüßen, sondern liegt auch im Sinne der Unternehmer, weil nur dadurch eine günstige Konjunktur gesichert ist. Weiter: „Ohne eine künstliche, ungesunde Konsumsteigerung hätte nie die Nachfrage entstehen können, die zu der Aufblähung des Produktionsapparates und dadurch zu Investitionen geführt hat, die für die auf die Dauer unmögliche Konsumkraft übertrieben groß waren... Aber eines kann die Wirtschaft für sich in Anspruch nehmen: das Geld, das sie investierte, hätte Rente und Amortisation bequem tragen können, wenn die Beschäftigung angehalten hätte...“ Der erste Satz soll eine Entschuldigung für die Unternehmer darstellen. Wir bezweifeln entschieden, daß die Konsumsteigerung in den Jahren 1927 bis 1930 ungesund war. Sie entsprach dem Bedürfnis des deutschen Volkes. Wenn die Unternehmer den Produktionsapparat über Gebühr aufblähen, so sind die Gewerkschaften dafür nicht verantwortlich zu machen. In dem zweiten Satz liegt ein Eingeständnis. Wenn Regierung und Unternehmer nicht zur Kaufkraftvernichtung beigetragen hätten, dann hätte auch wahrscheinlich die Beschäftigung angehalten, das Unternehmertum hätte seine Anlagen ausnutzen können und Rente und Amortisation herausgewirtschaftet. Der Feldzug des Herrn von Siemens gegen die Gewerkschaften scheint uns wenig gelungen zu sein.

Genossenschaftsbewegung

Die Bedeutung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus in wenigen Jahrzehnten ein stattliches Gebäude errichtet. Der Gedanke, den minderbemittelten Verbrauchern im Wege der Selbsthilfe wirtschaftliche Vorteile zu erringen, erwies sich als außerordentlich fruchtbar. Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehören zur Zeit fast 1000 Konsumgenossenschaften mit etwa 2,8 Millionen Mitgliedern an. 10 Millionen Deutsche sind damit in die konsumgenossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft eingegliedert. Trotz der Krisennot erzielten die Verbraucher genossenschaften im Jahre 1931 noch einen Umsatz von 1047 Millionen Mark. Ein großer Teil der von den Konsumgenossenschaften abgegebenen Güter, vor allem Bäckerei- und Fleischerzeugnisse, wird in ihren eigenen Betrieben hergestellt. Die zentrale Bezugsquelle, die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG), ist eine starke Stütze der deutschen Verbraucherbewegung. Mehr als ein Drittel des Umsatzes der GEG entfällt auf Güter, die in ihren eigenen Fabriken erzeugt sind. Die konsumgenossenschaftliche Güterverteilung wird von den privaten Betrieben immer un-

abhängiger. An die Stelle des kapitalistischen Gewinnstrebens tritt in den Konsumgenossenschaften der Grundsatz der gemeinnützigen Bedarfsdeckungswirtschaft. Die Verbraucher haben es in der Hand, durch eine rege Inanspruchnahme der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen zur weiteren Ausbreitung der Konsumgenossenschaftsbewegung beizutragen.

Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933

Aus Anlaß der 50. Wiederkehr der Verbandsgründung hat der Zentralvorstand den bei allen Kameraden beliebten Verbands-Taschenkalender als Jubiläumskalender herausgegeben. Jeder Zahlstelle wurde ein Probeexemplar zugestellt. Der Verkaufspreis ist um 10% ermäßigt. Der Kalender kostet nur 45 ₤. Um jedoch auch den Kolporteur für den Verkauf zu interessieren, hat der Zentralvorstand beschlossen, daß dieser von jedem verkauften Exemplar 5 ₤ für seine Mühe-waltung erhalten soll. Genau wie seine Vorgänger dürfte sich der Jubiläumskalender für 1933 in den Kreisen der Kameraden großen Zuspruchs erfreuen. Auf die Ausstattung wurde diesmal besonderer Wert gelegt. Um alle Kameraden an dem Erwerb des Kalenders zu interessieren, haben wir auch diesmal den Kalender mit

Gewinnmöglichkeiten

ausgestattet. Die Käufer des Kalenders haben die Möglichkeit, die nachstehenden wertvollen Gewinne zu erlangen.

1. Gewinn: 1 Lindear-Herren-Fahrrad mit Blende und Zubehör.
 2. Gewinn: 1 Lindear-Herren-Fahrrad mit Blende und Zubehör.
 3. Gewinn: 1 hochfeiner kompletter Manchester-Anzug (Hose, Weste und Jackett).
 4. Gewinn: 1 Manchester-Arbeits-hose und Weste.
 5. Gewinn: 1 Manchester-Arbeits-hose und Weste.
 6. Gewinn: 1 hochfeine Herren-Taschen-uhr.
 7. Gewinn: 1 Manchester-Arbeits-hose.
 8. Gewinn: 1 Manchester-Arbeits-hose.
 9. Gewinn: 1 Isländer, Ia Qualität, mit Reißverschluss.
 10. Gewinn: 1 Isländer, Ia Qualität, mit Reißverschluss.
 11. bis 20. Gewinn: je 1 „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“, Band 1 und 2.
 21. bis 120. Gewinn: je 1 Buch „Wir zimmern neu die alte Welt“.
 121. bis 170. Gewinn: je 1 Exemplar „Der Jungkamerad“.
 171. bis 190. Gewinn: je 1 Exemplar „Der Bauhandwerker Reden u. Sprüche“.
 191. bis 210. Gewinn: je 1 Exemplar „Arbeit und Volksklassen im Wandel der Zeiten“.
 211. bis 230. Gewinn: je 1 Exemplar „Gewerkschaften u. Arbeitsrecht“.
 231. bis 280. Gewinn: je 1 Exemplar „Jung-Zimmermann“, gebunden (Jahrgang 1930).
 281. bis 290. Gewinn: je 1 Exemplar „Der Zimmerpolier“, gebd. (Jahrg. 1931).
 291. bis 350. Gewinn: je 1 Exemplar „Handwerksliederbuch“, gebunden.
- Jeder Kalender ist auf der Innenseite des Einbandes mit einer Nummer versehen. Diese Nummer gilt als Los.
- Die Gewinner haben sich nach erfolgter Auslosung vom Zahlstellenvorstand eine Bescheinigung darüber ausstellen zu lassen, daß sie den Verbands-Taschenkalender mit der in Frage kommenden Gewinnnummer besitzen. Sollten die Zahlstellen bis Ende Februar noch im Besitz unverkaufter Kalenderexemplare sein, so müssen diese bis spätestens 15. März an den Zentralvorstand zurückgegeben werden, andernfalls die Zahlstelle damit belastet wird. Es ist dringend zu empfehlen, Bestellungen umgehend bei den Zahlstellenvorständen aufzugeben.

Sozialpolitisches

Kommt die gesetzliche 40-Stunden-Woche?

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts nahm nach zweitägiger Debatte mit 15 gegen 6 Stimmen den Vorschlag der italienischen Regierung an, die Frage der internationalen gleichmäßigen Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie (40-Stunden-Woche) durch eine vorbereitende Konferenz von Vertretern der Regierung, Unternehmer- und Arbeitergruppe der internationalen Arbeits-

organisation untersuchen zu lassen. Diese Konferenz soll im Januar zusammentreten. Ihre Schlußfolgerungen sollen vom Verwaltungsrat während seiner Januar-tagung daraufhin geprüft werden, ob sie der Weltwirtschaftskonferenz zu unterbreiten seien.

Weiter wurde mit 16 gegen 3 Stimmen der Vorschlag des italienischen Regierungsvertreters angenommen, daß der Generalsekretär sobald als möglich den gemischten Ausschuß der europäischen Studienkommission für die Frage der Arbeitslosigkeit einberufen solle, damit er das Problem der internationalen öffentlichen Arbeiten im Hinblick auf ihre praktische Durchführung untersuche.

Trugbilder im neuen Arbeitsmarktbericht

Am 15. September, dem Tag, wo die Lohnabbauoffensive der Papen-Regierung begann, betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen rund 5 261 000. Sie stieg also gegenüber dem letzten Erhebungstag, 31. August, um rund 38 000 Arbeitslose.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August), in der Krisenfürsorge rund 1 280 000 (gegen 1 295 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut.

Die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren, belief sich Ende August schätzungsweise auf 65 000 Personen. Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende August rund 144 000 Arbeitswillige beschäftigt.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen kann für Mitte September noch nicht geschätzt werden. Für Ende August steht sie nunmehr mit 2 030 000 fest. Sie umfaßt die nach den neueren Bestimmungen der Reichsregierung von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsverwerbslosen und ist daher selbstverständlich kleiner als die Gesamtzahl der Empfänger von öffentlichen Fürsorgeleistungen. Nach den neuen Richtlinien werden nur solche als Wohlfahrtsverwerbslose von den Arbeitsämtern gezählt, die tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und noch nicht über 60 Jahre alt sind. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Hilfsbedürftigen ist unvergleichlich höher.

Daß in der Berichtszeit die Arbeitslosenzahl noch um rund 38 000 gestiegen ist, obgleich ein großer Teil der Arbeitslosen, die infolge der scharfen Hilfsbedürftigkeitsprüfung keine Unterstützung mehr erhalten, nicht mehr zu den Arbeitsämtern kommen und infolgedessen auch nicht mehr gezählt wird, zeigt, wie wenig das Papen-Programm eine wirkliche Wirtschaftsbelebung zu erzielen vermag. Man kann ja gespannt sein auf das Ergebnis der nächsten Erhebung, wo sich doch das Wirtschaftsprogramm in seinem vollen Umfang auswirken soll. Nach den bisher vorliegenden Meldungen über Neueinstellungen, die täglich mit besonderer Aufmachung durch den Rundfunk bekanntgegeben werden, ist das Ergebnis mehr als kläglich zu bezeichnen. Es wird also trotz der Millionengeschenke an die besitzende Klasse nur beim Programm bleiben.

Arbeiterversicherung

Wanderschein und die Neuregelung in der Arbeitslosenversicherung

Männlichen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die eine Lehrzeit beendet haben, kann auf ihren Antrag vom Vorsitzenden des Arbeitsamts ein Wanderschein ausgestellt werden. Der Wanderschein ist auf höchstens zehn Wochen zu befristen. Er begründet die Zuständigkeit zum Bezüge der Arbeitslosenunterstützung in den Orten der Wanderschaft, wo der Arbeitslose durchkommt. Da durch die Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung vom 16. Juni 1932 die Unterstützungssätze nach Ortsklassen verschieden gestaltet worden sind, ist die Frage aufgeworfen worden, ob für die Inhaber von Wanderscheinen die Unterstützungen an den Wanderungsorten nach der jeweils zuständigen Ortsklasse zu gewähren sind

oder ob die Unterstützung des Heimatortes maßgebend bleibt. Nach der Neuregelung würde den reisenden Arbeitslosen an jedem Unterstützungsort eine andere Unterstützung zuteil werden. Mit Rücksicht darauf, daß dadurch immer eine neue Festsetzung der Unterstützung notwendig wäre, wurde vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an sämtliche Arbeitsämter mitgeteilt, daß die Unterstützung für Inhaber von Wanderscheinen die Höhe betragen soll, wie sie vom Heimatsort festgelegt wurde.

In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls die Frage behandelt, ob für Inhaber von Wanderscheinen nach sechswöchigem Bezug der Unterstützung die Bedürftigkeit geprüft werden muß wie bei den übrigen Arbeitslosen. Auch darüber ist die Anweisung an die Arbeitsämter ergangen, daß die Bedürftigkeitsprüfung für reisende Arbeitslose auch nach sechs Wochen Unterstützungsempfang nicht vorgenommen werden soll. Dagegen soll für alle diejenigen, die jetzt und in der Zukunft um Wanderscheine nachsuchen, sofort bei Behandlung des Antrages die Bedürftigkeitsprüfung vorgenommen werden. Das Ergebnis der Prüfung soll auf den Papieren, die der Arbeitslose führt, vermerkt werden. Ist die Bedürftigkeit anerkannt, dann erhält der Besitzer eines Wanderscheins auch nach sechs Wochen Unterstützung die Unterstützungssätze, wie sie ihm in seiner Heimatgemeinde gewährt würden, an den Wanderungsorten ausgezahlt. Nach diesen Anweisungen sind die Arbeitsämter nicht berechtigt, nur die Unterstützungssätze ihres Bezirks, ungeachtet, ob dem Arbeitslosen eine höhere Unterstützung zusteht oder nicht, auszuzahlen. Diese Regelung ist besonders für unsere reisenden Kameraden, die Inhaber von Wanderscheinen sind, von größter Beachtung.

Arbeitsrechtliches

Um die Gewissensfreiheit des Arbeitnehmers

In der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes besteht sehr leicht die Gefahr, daß die Unternehmer kein Druckmittel unversucht lassen, den Arbeiter von seiner sozialistischen und gewerkschaftlichen Weltanschauung abzubringen. Unternehmer, die der naziotischen Phrasologie verfallen sind, haben ein ganz besonderes Interesse, die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer für den Propheten Adolf Hitler zu begeistern. In Betrieben mit einer Arbeiterschaft, die unerschütterlich zu ihren sozialistischen und gewerkschaftlichen Prinzipien hält, ist das Bemühen solcher Unternehmer als aussichtslos zu bezeichnen. Die Arbeiterschaft hat das Doppelspiel der Hitler-Apostel längst erkannt. In einer Partei, die so viele Interessengruppen in sich vereinigt, wovon 99 % kapitalistische Tendenzen verfolgen, ist für die Arbeiter kein Platz. Das Reservoir, aus dem die Hitler-Jünger ihre Kräfte entnehmen, ist erschöpft. Der Einbruch in die Arbeiterfront brachte nicht die Beute, die sich Herr Hitler und seine Hintermänner aus dem kapitalistischen Lager erhofften.

Was aber nun, um erfolgreich Propaganda für reaktionäre Politik unter der Arbeiterschaft zu unternehmen? Ein Unternehmer versuchte in gesetzwidriger Form, den bei ihm beschäftigten Arbeitern eine andere Meinung aufzudiktieren. Er verbot jede politische Betätigung auf der Arbeitsstelle, insbesondere Versammlungen, Besprechungen über gewerkschaftliche und politische Fragen, das Sammeln von Unterschriften und Verbrennen von Druckschriften sowie das Aushängen von Plakaten und Anschlägen ohne Genehmigung der Geschäftsleitung. Die Gewissensfreiheit in dieser brutalen Form zu beschränken verstößt gegen jedes Rechtsempfinden, aber auch gegen die Gesetze, die dem Staatsbürger die freie Meinungsäußerung gewährleisten. Unternehmer, die Belegschaftsangehörige wegen einer Verfehlung, die nur durch eine freie Meinungsäußerung entstand, haben nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht das

Recht, den Arbeiter fristlos zu entlassen. Die Entlassung könnte nur begründet sein, wenn der Unternehmer in der Lage ist, nachzuweisen, daß dadurch eine Gefährdung seines Betriebes eintreten würde. Im § 123 der Reichsgewerbeordnung sind eine Reihe von Fällen angeführt, wonach eine Entlassung des Arbeitnehmers — auch wenn er Betriebsvertretungsmitglied ist — vorgenommen werden kann. Es verstößt aber gegen die guten Sitten und gegen die gesetzlichen Bestimmungen, wenn Arbeitnehmer gezwungen werden, durch Unterschrift zu erklären, den Inhalt eines vor dem Betrieb verteilten Flugblattes zu mißbilligen. Diese Beugung geht zu weit, und kein Arbeitsgericht wird eine Entlassung als Folge, daß der Arbeitnehmer die Unterschrift nicht leistet, als berechtigt anerkennen.

Das Reichsarbeitsgericht hat in einer Entscheidung vom 29. Juni 1932 beachtliche Grundsätze über die Gewissensfreiheit des Arbeitnehmers aufgestellt. Wenn dem Unternehmer die politische und gewerkschaftliche Betätigung der bei ihm beschäftigten Arbeitnehmerschaft nicht paßt, so hat er immer noch nicht das Recht, mit unfairen Mitteln gegen die Belegschaft oder in besonderen Fällen gegen den einzelnen, der als für die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Belegschaftsangehörigen in Frage kommen könnte, vorzugehen. Ebenfalls ist der Arbeitnehmer nicht verpflichtet, dem Unternehmer oder vor Gericht auszusagen, wer Druckschriften im Betrieb verteilt hat oder wer mündlich die Belegschaftsangehörigen auffordert, sich an einer Versammlung oder an sonstigen Zusammenkünften zu beteiligen.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts stützt sich auf den Artikel 118 der Reichsverfassung, wonach jedem Staatsbürger das Recht, seine Meinung in gewissen Grenzen frei zu äußern, gewährleistet ist. Gerade daraus, daß ihm dieses freigestellt wird, ergibt sich auf der andern Seite, daß er es damit halten kann wie er will, daß keinesfalls daraus ein Recht des Unternehmers herzuleiten ist, den Arbeitnehmer an seiner politischen und gewerkschaftlichen Meinungsäußerung zu hindern. Ebenfalls ist eine Bestimmung in einer Arbeitsordnung unwirksam, in der die politische Betätigung im Betrieb verboten wird. Unter keinen Umständen ist die Belegschaft zu zwingen, wenn Flugschriften verteilt werden, den Verteiler bekanntzugeben. Das Reichsarbeitsgericht sagt dazu, daß es allein Sache des Arbeitgebers ist, festzustellen, wer die Urheber des Flugblattes sind, wenn er glaubt, daß diese zu den Betriebsangehörigen gehören. Nicht aber kann der Arbeitgeber die Betriebsangehörigen zwingen, Aussagen zu machen, die sie unter Umständen selbst belästern und der Gefahr der Entlassung aussetzen können. In diesem sicher nicht seltenen Fall hätte ein Arbeiter dann nur die Wahl, entweder die befürchteten Nachteile auf sich zu nehmen oder aber sie durch eine unwahre Angabe zu vermeiden, um sich seine Arbeitsstelle und seine Existenz zu erhalten. Man braucht sich nur diese Zwangslage, in die jeder Arbeiter jeden Tag versetzt werden könnte, vorstellen, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß eine Äußerungspflicht des Arbeiters, die ihm vom Arbeitgeber auferlegt wird, eine unverantwortliche Gewissensnot und Zwangslage bedeutet, wozu der Arbeitgeber kein Recht hat. Nimmt der Arbeitgeber es doch für sich in Anspruch, so muß andererseits dem Arbeiter die Befugnis eingeräumt werden,

einer solchen ungerechtfertigten Zustimmung gegenüber jede Erklärung abzulehnen. Eine wegen der Ablehnung von Aussagen ausgesprochene fristlose Entlassung, die den Arbeiter selbst oder einen seiner Kameraden betreffen würde, ist rechtsunwirksam. Der Arbeitgeber hat in keinem Fall das Recht, die den Arbeitern auf Grund des Artikels 118 der Reichsverfassung gewährleistete Meinungsfreiheit zu beschränken.

Politische Wochenschau

Die Einfuhrkontingentierung von der Reichsregierung beschlossen — Unfall der Nazis — Die Presse unter der Knute — Aus dem Reich des Herrn Bracht

Die Beratung des Reichskabinetts über die Einfuhrbeschränkung wichtiger Waren wurde abgeschlossen mit dem Ergebnis, daß für eine Reihe von landwirtschaftlichen und Gärtnereierzeugnissen die Einfuhr kontingentiert wird. Die Einfuhrbeschränkungen treten bei den einzelnen Warengattungen mit dem nächstzulässigen Termin in Kraft. Diese Maßnahmen bedeuten eine weitere Konzession für die Landwirtschaft; dagegen bedeuten sie für die Ex- und Importindustrie einen schweren Eingriff in ihre Lebensfragen; außerdem eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Aber Tausende von Arbeitern werden brotlos. Der Appell der durch die Autarkiestrebungen der Papen-Regierung geschädigten Kreise der Wirtschaft wurde zugunsten der Landwirtschaft unbeachtet gelassen. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten stellt in einer besonderen Denkschrift fest, daß im Jahre 1931 rund zehn Millionen Deutsche von der Ausfuhr gelebt haben. Die von der Reichsregierung geplante Einfuhrdrosselung würde den Außenhandel und damit Industrie und Handel zerschlagen und diese zehn Millionen Deutschen aus dem Produktionsprozeß ausschalten. Besonders die Industriearbeiterschaft wird durch diese wahnwitzige Autarkiepolitik, die die Junkerregierung durchführt, auf katastrophalste betroffen.

Die letzte Sitzung des Preussischen Landtags war eine parlamentarische Tragikomödie. Die Rechtsparteien versuchten sich gegenseitig zu überbieten in ihrer reaktionären Politik. Dabei warfen sich Nazis und Deutschnationale viele parlamentarische und außerparlamentarische Schandtaten vor, was auch Anlaß gab, die Sitzung mehrmals zu unterbrechen. Einen Erfolg zeitigte die Tagung, nämlich den, daß sich die Nazis mit vollen Segeln auf die Papen-Linie zurückzogen. Die Nazi-Fraktion gab eine Erklärung ab, nach der sie von ihrer bisherigen Haltung gegenüber den Beamten, sie sollten den Anweisungen der kommissarischen Regierung in Preußen nicht Folge leisten, abweicht und feststellt, daß ihre vor einiger Zeit gehegten Befürchtungen unbegründet sind. Mit andern Worten: mit dem Papen-Bracht-Kurs, der in Preußen eingeführt wurde, erklären sich die Na-

tionalsozialisten einverstanden. Kläglich ist wohl noch nie ein Rückzug zustande gekommen. Nach Annahme eines Antrages, die Kommunalwahlen ebenfalls am 6. November in Preußen durchzuführen, vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit. Der gleichzeitigen Verbindung der Kommunalwahlen mit der Reichstagswahl wird trotz der Annahme des Antrages nicht stattgegeben werden, da der Staatsrat dagegen Einspruch erheben wird. Durch die Haltung der Nationalsozialisten hat Herr Bracht Generalvollmacht erhalten, in dem bisherigen reaktionären Kurs weiter zu regieren.

Seit der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen sind in der Zeit vom 29. Juli bis 15. September insgesamt 63 Verbote von Zeitungen und Zeitschriften erfolgt. Auf die Woche umgerechnet ergibt das rund zehn Verbote. Noch in keiner Zeit sind so viel Zeitungsverbote erlassen worden als unter der neuen Herrschaft, in der von einer Pressefreiheit nicht mehr gesprochen werden kann. Ueber den Redaktionen der Zeitungen, die der neuen Kulturreaktion skeptisch gegenüberstehen, kreist jetzt ununterbrochen das Gespenst, verboten zu werden. Wir befinden uns in einer brachtvollen Zeit.

Der neue Kurs in Preußen, wo Papen und Bracht Diktatoren spielen, zeigt sich neuerdings in einem scharfen Vorgehen gegen das Reichsbanner. Zwei Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurden in den letzten Tagen auf Anordnung des preussischen Staatskommissars kurzerhand aufgelöst. Als Grund wird in beiden Fällen angegeben, daß „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft“. Ortsgruppen der SA. zu verbieten und aufzulösen, die oft wie die Vandalen hausen, fällt den Machthabern in Preußen natürlich nicht ein. Das ist die Objektivität der neuen Staatsführung!

Briefkasten der Redaktion

Kamerad R. Sch. Erst im Jahre 1933 besteht unser Verband ununterbrochen 50 Jahre. Die im Jahre 1868 in Braunschweig gegründete Organisation der Zimmerleute und auch die in den späteren Jahren gegründeten Vereinigungen, waren immer nur von kurzer Dauer. Vom Oktober 1878 (Beginn des Sozialistengesetzes) bis August 1883 bestand keine organisatorische Verbindung der Zimmerleute, mit Ausnahme in Berlin, wo im Jahre 1881 ein Verein gegründet wurde zur Wahrung der Interessen der Zimmerer Berlins.

Grünberg, T. B. Nach der Rechtsprechung geht mit der Konkurseröffnung das Direktionsrecht des Gemeinschuldners auf den Konkursverwalter über. Darum hat der Konkursverwalter alle arbeitsrechtlichen Vorschriften, die sich bei etwaigen Kündigungen oder Entlassungen von noch im Betrieb Beschäftigten ergeben, genau so zu beachten wie ein Unternehmer.

Literarisches

I. G. Deutschland. Ein Staat im Staate. Verfasser Helmut Wickel. Verlag: Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. Das treffliche Buch wird fälschlicherweise Roman genannt. Mit einem Roman hat es wahrlich nichts zu tun. Es ist vielmehr eine ausgezeichnete Schilderung des größten und einflußreichsten Konzerns, den der deutsche Kapitalismus hervorgebracht hat. Auf 220 Seiten werden die Entwicklungen der Interessengemeinschaften für die chemische Industrie dargestellt. Mit aller Ausführlichkeit werden die Produktion, ihr Umfang und ihre Besonderheiten erläutert. Der Verfasser hat es vorzüglich verstanden, auf Grund genauer Forschungen und vorzüglichen Quellenmaterials den I. G. Farbenkonzern so darzustellen, wie er wirklich ist. Wer die Schrift studiert, wird überwältigt sein von der Tatsache, daß der I. G. Farbenkonzern nicht nur produktionstechnisch, sondern auch politisch eine Macht darstellt, ein Staat im Staate! Wer den modernen Industrie-Kapitalismus, sein Wesen und seinen Einfluß auf die politische Gestaltung der Dinge studieren will, muß zu diesem Buch greifen. Es ist bestimmt eines der besten Bücher, das Probleme dieser Art behandelt.

Die Frauenwelt. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Diese in einer sehr guten Aufmachung mit reichlichen Illustrationen versehene Zeitschrift erscheint alle 14 Tage; sie enthält neben der Stellungnahme zu den politischen Fragen der Zeit und einem guten Roman Anregungen auf allen Gebieten, die besonders die Frauen interessieren. Ein Modenblatt, das praktische Vorschläge für die Anfertigung von Frauen- und Kinderbekleidung gibt, sowie eine Seite, die der Unterhaltung und Erziehung der Kinder gewidmet ist, macht die Zeitschrift besonders wertvoll. Der Bezugspreis beträgt nur 30 Pf. im Monat.

Die Gemeinde. Diese Zeitschrift gibt den Kommunalpolitikern eine Fülle von Anregungen. Alle Funktionäre der Partei und Gewerkschaften, soweit sie kommunalpolitisch tätig sind, sollten diese Zeitschrift lesen. Probandnummern versendet der Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der Wahre Jacob. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die vorzüglich redigierte, in Tiefdruck hergestellte satyrische Zeitschrift, muß weitestgehende Verbreitung finden. Gerade in der Zeit politischer Hochspannung darf Witz, Humor und Satyre nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Die politische Satyre war immer ein Kampfmittel der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse. Schon aus diesen Gründen sollte jeder den „Wahren Jacob“ lesen. Die Zeitschrift ist durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen.

Sterbetafel

Ahrensburg. Am 8. September starb unser Kamerad **Aug. Burmester** im Alter von 23 Jahren.

Beelitz. Am 4. September starb unser Kamerad **Hermann Sommer** im Alter von 66 Jahren an den Folgen einer Nasenoperation.

Breslau. Am 19. September starb unser Kamerad **Karl Stenzel** im Alter von 73 Jahren an Altersschwäche.

Danzig. Am 11. September starb unser Kamerad **Felix Schröder** im Alter von 25 Jahren.

Deutsch-Eylau. Am 8. September starb unser Kamerad **Paul Werner** im Alter von 43 Jahren infolge Unglücksfalls.

Dresden. Am 16. September starb unser Kamerad **Eduard Roitzsch** im Alter von 65 Jahren infolge Herzschlags.

Königsberg i. Pr. Am 14. September starb unser Kamerad **Friedrich Lange** im Alter von 48 Jahren infolge eines Darmleidens.

Mainz. Am 20. September starb unser Kamerad **Franz Keim** im Alter von 43 Jahren infolge Blutvergiftung.

Rudolstadt. Am 29. August starb unser Kamerad **Werner Koch** im Alter von 16 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

DER VERBANDSKALENDER 1933

hat gegenüber seinen Vorgängern drei wesentliche Merkmale:

1. Jubiläumskalender
 2. Erheblich billiger geworden
 3. Mit Gewinnmöglichkeiten ausgestattet
- Bestellungen nehmen alle Funktionäre entgegen

Kameraden!

Jede gelesene Nummer des „Zimmerer“ muß einem Unorganisierten in die Hand gegeben werden!



Louis Mosberg
Bielefeld 25
In Berufskleidung
und Werkzeugen
unübertroffen.
Ermäßigte Preisliste gratis.

Hobelbänke 50 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.
Blatt Ia gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.

Original-süddeutsche Hobelbänke 60 Mk.

Ia Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, komplett mit Stahlspindel, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis.

M. Wallther

Dresden 23
Rehefelder Straße 53a

Zimmerer-Hosen!

Echt schwarz, III-Draht-Leder, mit 12er Schuß- und Ledertaschen. Marke „Eisenfest“ 10,50 RM., Sorte 2: 7 RM., Sorte 3: 6 RM.
Echt Lindner Manchesterhosen
Alle Farben echt. Erste Sorte: 13,50 RM., Sorte 2: 10,50 RM., Sorte 3: 9 RM. vers. nach Maß bei Bestellung von 20 RM. porto- und spesenfrei ins Haus. — Preisliste frei.

Spezialfabrik für Berufskleidung
Emil Hohlfeldt
Dresden N., Ritterstraße 2



STARLIGHT
DAZU BERKO-AUTOMAT
Automatische Umschaltung von
Batterie auf Dynamo u. umgekehrt